mazars

Testatsexemplar

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2021 und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2021

IGP Advantag AG
Berlin

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

106705

mazars

Die vorliegende PDF-Datei haben wir im Auftrag unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist.

Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Tätigkeit darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit dieser in Dateiform überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich dieser Bericht ausschließlich an den Auftraggeber und seine Organe richtet. Unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - bemisst sich alleine nach den mit dem Mandanten geschlossenen Auftragsbedingungen.

mazars

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk

1. Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2021

2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

3. Konzern-Kapitalflussrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

4. Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

5. Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2021

6. Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2021

Besondere Auftragsbedingungen

Allgemeine Auftragsbedingungen

mazars

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die IGP Advantag AG, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der IGP Advantag AG, Berlin, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der IGP Advantag AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 und

- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grund-sätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, 28. Juli 2022

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Markus Morfeld
Wirtschaftsprüfer

Martina Ismer
Wirtschaftsprüferin

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021
IGP Advantag AG, Berlin

A K T I V A

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	347.946,00	467.251,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	85.249,00	42.280,50
3. Geschäfts- oder Firmenwert	33.910.670,28	28.747.514,11
4. Geleistete Anzahlungen	93.866,24	0,00
	34.437.731,52	29.257.045,61
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	410.948,31	332.054,50
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	24.701,00	24.701,00
2. Beteiligungen	479.991,27	33.334,16
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	500.000,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen	111.103,45	110.045,43
	1.115.795,72	168.080,59
	35.964.475,55	29.757.180,70
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Unfertige Leistungen	34.506.275,67	11.889.280,28
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	20.090,00	8.136,48
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	1.120,00
4. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-21.352.239,48	-9.157.820,14
	13.174.126,19	2.740.716,62
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.176.836,64	5.743.326,32
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	106.513,90	255.445,85
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22.454,70	2.150,97
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.608.036,94	1.369.481,44
	8.913.842,18	7.370.404,58
III. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	33.301,00	33.301,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.626.506,51	4.485.401,15
	25.747.775,88	14.629.823,35
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	87.774,36	37.293,70
	61.800.025,79	**44.424.297,75**

P A S S I V A

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	27.732.795,00	27.732.795,00
II. Kapitalrücklage	5.994.708,00	5.993.034,57
III. Konzernbilanzverlust	-2.565.669,00	-165.433,73
IV. Nicht beherrschende Anteile anderer Gesellschafter	171.689,30	129.877,91
	31.333.523,30	33.690.273,75
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	86.485,76	2.388.255,33
2. Sonstige Rückstellungen	5.705.692,70	2.033.546,51
	5.792.178,46	4.421.801,84
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Anleihen	300.000,00	243.000,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	2.543,21
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 2.543,21)		
3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	9.550.149,46	750.884,99
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.354.950,24	3.916.780,90
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 4.354.950,24 (Vorjahr: EUR 3.916.780,90)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.076.097,50	140.310,65
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 3.076.097,50 (Vorjahr: EUR 140.310,65)		
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.483,50	16.483,50
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 16.483,50 (Vorjahr: EUR 16.483,50)		
7. Sonstige Verbindlichkeiten	7.231.443,25	1.089.973,49
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 7.231.443,25 (Vorjahr: EUR 1.089.973,49)		
- davon aus Steuern: EUR 3.318.471,60 (Vorjahr: EUR 977.856,79)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 10.062,98 (Vorjahr: EUR 0,00)		
	24.529.123,95	6.159.976,74
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	23.624,18	260,61
E. PASSIVE LATENTE STEUERN	121.575,90	151.984,81
	61.800.025,79	**44.424.297,75**

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2021
IGP Advantag AG, Berlin

	2021	2020
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	49.353.282,18	37.850.041,92
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	15.309.218,73	502.046,91
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	210.141,57
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.039.982,08	549.557,52
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-34.175.079,41	-6.003.465,53
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-15.364.507,04	-12.717.598,43
	-49.539.586,45	-18.721.063,96
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-7.702.773,84	-8.410.393,83
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.384.286,90	-1.510.021,51
- davon für Altersversorgung: EUR 132.646,00 (Vorjahr: EUR 188.706,36)		
	-9.087.060,74	-9.920.415,34
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.623.781,03	-2.365.455,44
- davon Abschreibung auf Geschäfts- und Firmenwert: EUR 2.324.650,66 (Vorjahr: EUR 2.065.777,58)		
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.189.913,78	-5.229.782,96
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	58.663,99	44.907,39
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 2.985,21 (Vorjahr: EUR 4.146,75)		
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-171.755,49	-22.542,23
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 46.389,26 (Vorjahr: EUR 8.320,37)		
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-518.744,24	-1.686.023,96
- davon aus der Zuführung latenter Steuern: EUR 30.408,91 (Vorjahr: EUR 38.359,04)		
12. Ergebnis nach Steuern	**-2.369.694,75**	**1.211.411,42**
13. Sonstige Steuern	-3.129,62	-5.342,03
14. Konzernjahresfehlbetrag (Vorjahr: Konzernjahresüberschuss)	**-2.372.824,37**	**1.206.069,39**
15. Ergebnis außenstehender Gesellschafter	7.573,05	-67.106,15
16. Konzernverlustvortrag	-165.433,73	-1.304.396,97
17. Übernahme Minderheitenanteil	-34.983,95	0,00
18. Konzernbilanzverlust	**-2.565.669,00**	**-165.433,73**

IGP Advantag AG, Berlin

Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	2021 TEUR	Vorjahr TEUR
Konzernergebnis	-2.373	1.206
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.624	2.365
+ Zunahme der sonstigen Rückstellungen	3.589	139
+ Ergebnis aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-5	1
- Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3.503	-992
+ Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.487	-2.724
- Zinserträge	-59	-45
+ Zinsaufwendungen	172	23
+ Ertragsteueraufwand	519	1.686
- Ertragsteuerzahlungen	-3.297	-776
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**154**	**883**
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-159	-219
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständes des Sachanlagevermögens	5	1
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-47	-90
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-872	0
- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen	-2.915	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**-3.988**	**-308**
+ Einzahlungen Grundkapital	0	575
+ Einzahlungen Kapitalrücklage	2	119
+ Einzahlungen durch Minderheiten	15	84
+ Aufnahme von Krediten (Gesellschafter)	2.000	0
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen	57	93
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen	0	-100
- Gezahlte Zinsen	0	-13
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**2.074**	**758**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	**-1.760**	**1.333**
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.483	3.150
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung	903	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**3.626**	**4.483**

	31.12.2021 TEUR	31.12.2020 TEUR
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Kassenbestand und frei verfügbare Guthaben bei Kreditinstituten	3.626	4.485
Kontokorrentverbindlichkeiten	0	-2
	3.626	**4.483**

Konzern-Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2021
IGP Advantag AG, Berlin

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Konzernverlustvortrag	Konzernergebnis	Konzernbilanzverlust	Eigenkapital des Mutterunternehmens	Nicht beherrschende Anteile anderer Gesellschafter	Konzern-Eigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand am 1.1.2020	27.158.155,00	5.874.033,60	-1.304.396,97	0,00	-1.304.396,97	31.727.791,63	-20.978,24	31.706.813,39
Einzahlungen der Gesellschafter	574.640,00	119.000,97	0,00	0,00	0,00	693.640,97	83.750,00	777.390,97
Konzernjahresergebnis	0,00	0,00	0,00	1.138.963,24	1.138.963,24	1.138.963,24	67.106,15	1.206.069,39
Stand am 31.12.2020	**27.732.795,00**	**5.993.034,57**	**-1.304.396,97**	**1.138.963,24**	**-165.433,73**	**33.560.395,84**	**129.877,91**	**33.690.273,75**
Stand am 1.1.2021	27.732.795,00	5.993.034,57	-1.304.396,97	1.138.963,24	-165.433,73	33.560.395,84	129.877,91	33.690.273,75
Einstellung in den Konzernbilanzverlust	0,00	0,00	1.138.963,24	-1.138.963,24	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderungen des Konsoliderungskreises	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-599,51	-599,51
Einzahlungen der Gesellschafter	0,00	1.673,43	0,00	0,00	0,00	1.673,43	15.000,00	16.673,43
Konzernjahresergebnis	0,00	0,00	0,00	-2.365.251,32	-2.365.251,32	-2.365.251,32	-7.573,05	-2.372.824,37
Sonstige Veränderungen	0,00	0,00	-34.983,95	0,00	-34.983,95	-34.983,95	34.983,95	0,00
Stand am 31.12.2021	**27.732.795,00**	**5.994.708,00**	**-200.417,68**	**-2.365.251,32**	**-2.565.669,00**	**31.161.834,00**	**171.689,30**	**31.333.523,30**

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2021
IGP Advantag AG, Berlin

1. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Die IGP Advantag AG hat ihren Sitz in Berlin. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter HRB 223152 B eingetragen.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde freiwillig gemäß §§ 290 ff. HGB aufgestellt. Die einschlägigen Vorschriften des AktG wurden beachtet.

Die Aufstellung der Konzern Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte nach dem Gesamtkostenverfahren.

Bei einem im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Konsolidierungskreis würden die Finanzanlagen TEUR 169, die Vorräte TEUR 4.681, die Rückstellungen TEUR 5.584, die Umsatzerlöse TEUR 48.293, die Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen TEUR 14.124 sowie der Personalaufwand TEUR 7.860 betragen.

2. Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss umfasst die IGP Advantag AG, Berlin, sowie die folgenden neun vollkonsolidierten Tochterunternehmen:

a) Advantag Services GmbH, Geldern

b) Auximio AG, Geldern

c) IGP Ingenieur GmbH (vormals: IGP Ingenieur AG), Berlin

d) IGP Hotel Projektmanagement GmbH (vormals: IGP International Consulting AG), Berlin

e) Metis Systems Aktiengesellschaft, Berlin

f) IGP Technik GmbH (vormals: IGP Technik AG), Berlin

g) IGP Projekt GmbH, Berlin

h) IGP Beteiligungs GmbH, Berlin

i) BRH Generalplaner GmbH, Berlin

j) CFV GmbH, Berlin

Gesellschaften ohne Geschäftstätigkeit oder mit geringem Geschäftsumfang wurden gemäß § 296 Abs. 2 Satz 1 HGB bzw. § 311 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen; vgl. hierzu die Angaben unter 8. „Sonstige Angaben“.

Die Kapitalaufrechnung erfolgte grundsätzlich zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile bzw. mit Erlangung der Beherrschung (Einbringung Teilkonzern im Wege der Sacheinlage mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2020). Für die Kapitalaufrechnung wurde für die einbezogenen Gesellschaften unter a) bis g) – unabhängig vom Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile – auf die Werte zum 1. Januar 2020 abgestellt. Der Erstkonsolidierungszeitpunkt der IGP Beteiligungs GmbH war der Erwerbszeitpunkt, mithin der 1. Januar 2021; die Erstkonsolidierung der BRH Generalplaner GmbH erfolgte zum Zeitpunkt des wirtschaftlichen Übergangs der Anteile (Erlangung der Beherrschung) auf den 30. Juni 2021. Die Erstkonsolidierung der CFV GmbH erfolgte grundsätzlich ebenfalls zum Zeitpunkt des wirtschaftlichen Übergangs der Anteile (Erlangung der Beherrschung) auf den 31. Dezember 2021.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss der IGP Advantag AG, Berlin, einbezogenen Unternehmen wurden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen erstellt.

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände sowie Sachanlagen erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von planmäßigen Abschreibungen. Planmäßige Abschreibungen werden linear vorgenommen. Aus Konzernsicht selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände werden aktiviert und mit Konzernherstellungskosten (Fertigungskosten sowie angemessene Teile der Fertigungsgemeinkosten) bewertet. Forschungskosten fielen im Berichtsjahr nicht an. Die immateriellen Vermögensgegenstände (Software) – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – werden dabei regelmäßig über eine geschätzte Nutzungsdauer von drei bis sechs Jahren linear abgeschrieben.

Aktivische Unterschiedsbeträge aus den Erstkonsolidierungen (1. Januar 2020, 1. Januar, 30. Juni und 31. Dezember 2021) werden jeweils als Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill) ausgewiesen. Diese werden planmäßig seit dem 1. Januar 2020, 1. Januar, 30. Juni bzw. 31. Dezember 2021 über eine geschätzte Nutzungsdauer von jeweils 15 Jahren linear abgeschrieben. Dies entspricht der zum Zeitpunkt des Erwerbs mindestens angenommenen Dauer einer im Wesentlichen unverändert stabilen Entwicklung der Absatz- und Beschaffungsmärkte im verfolgten Projektgeschäft. Dabei wurde die Nutzungsdauer zugleich vorsichtig geschätzt.

Die Gegenstände des Sachanlagevermögens werden über geschätzte Nutzungsdauern von drei (EDV-Ausstattung) bis maximal 13 Jahren (Büroeinrichtung) linear abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände im Einzelwert von EUR 250,00 bis EUR 800,00 werden in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben. Für Zugänge im Geschäftsjahr erfolgt die Abschreibung zeitanteilig.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie Ausleihungen sind grundsätzlich zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen unfertigen Leistungen (in Arbeit befindliche Bauaufträge) werden zu Herstellungskosten angesetzt. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Hierfür erhaltene Anzahlungen werden, soweit möglich, offen von diesen abgesetzt (§ 268 Abs. 5 Satz 2 HGB). Teilgewinnrealisierungen erfolgen bei noch nicht vollständig schlussgerechneten Projekten, soweit abgrenzbare Teilleistungen verbindlich abgenommen wurden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nominalwert angesetzt. Im Geschäftsjahr erfolgten Abschreibungen auf Forderungen, um diese mit ihrem niedrigeren beizulegenden Wert anzusetzen (§ 253 Abs. 4 HGB).

Die ausgewiesenen sonstigen Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten wurden zum Nominalwert angesetzt; die Kassenbestände mit dem Nennwert.

Als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) ist zum Nennwert bilanziert.

Die Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr werden nicht abgezinst.

Die Anleihen und Verbindlichkeiten wurden mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Als passiver Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Die Ermittlung der latenten Steuern wird anhand des bilanzorientierten Konzepts vorgenommen. Danach werden auf sämtliche Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen der Vermögensgegenstände und Schulden und deren steuerlichen Wertansätzen latente Steuern abgegrenzt, sofern sich diese Differenzen in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich wieder umkehren. Hieraus resultieren bei einer Konzerngesellschaft passive latente Steuern, die im Wesentlichen auf Differenzen (TEUR 403) durch den Ansatz selbstgeschaffener immaterieller Vermögensgegenstände in der Handelsbilanz beruhen. Die Steuerlatenzierung erfolgte dabei mit einem Steuersatz von insgesamt 30,175 % (KSt, SolZ, GewSt). Der Saldo am Ende des Geschäftsjahres beträgt TEUR 122 (Vorjahr: TEUR 152).

Ein Ansatz von aktiven latenten Steuern erfolgt nicht, da das bestehende Wahlrecht für die Aktivierung latenter Steuern auf Verlustvorträge entsprechend ausgeübt wird (§ 274 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. §§ 298, 300 Abs. 2 HGB).

Latente Steuern auf Konsolidierungsmaßnahmen waren nicht zu bilden.

4. Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung ist nach der Erwerbsmethode (§ 301 Abs. 1 Satz 2 HGB) auf Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung der Tochterunternehmen in den Konzernabschluss vorgenommen worden. Die Kapitalkonsolidierung der Tochter- und Enkelunternehmen erfolgte zunächst auf der unteren Ebene eines Teilkonzernabschlusses. Diese wurden sodann auf Ebene des Mutterunternehmens konsolidiert (sog. Kettenkonsolidierung).

Die Erstkonsolidierung erfolgte nach der Neubewertungsmethode.

Als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung der Tochterunternehmen (Übergang des wirtschaftlichen Eigentums) wurde der 1. Januar 2020 festgesetzt. Dies gilt gemäß § 301 Abs. 2 Satz 3 HGB auch für die bereits vor dem Erstkonsolidierungszeitpunkt bestehenden Tochterunternehmen sowie für den durch Sacheinlage im Januar 2020 zugegangenen Teilkonzern (Gesellschaften unter 2. a) bis g). Die Gesellschaft zu 2. h) wurde zum 1. Januar 2021, die Gesellschaft zu 2. i) zum 30. Juni 2021 und die Gesellschaft zu 2. j) zum 31. Dezember 2021 erstkonsolidiert.

Forderungen und Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen innerhalb des Konsolidierungskreises wurden für das gesamte Geschäftsjahr eliminiert.

Die aus der Kapitalkonsolidierung der der IGP Ingenieur-Aktiengesellschaft und der IGP Projekt GmbH auf den 1. Januar 2020 verbliebenen positiven Unterschiedsbeträge wurden als Geschäfts- und Firmenwert klassifiziert und unter den immateriellen Vermögensgegenständen gesondert ausgewiesen.

Die Unterschiedsbeträge ermittelten sich zum 1. Januar 2020 wie folgt:

Name und Sitz der Gesellschaft	**Anschaffungs-kosten TEUR**	**anteiliges Eigenkapital TEUR**	**Unterschieds-betrag TEUR**
IGP Ingenieur-Aktiengesellschaft, Berlin	24.211	516	23.695
IGP Projekt GmbH, Berlin	7.789	713	7.076
	32.000	1.229	30.771

Die aus der Kapitalkonsolidierung der Advantag Services GmbH, der Auximio AG und der IGP TECHNIK AG auf den 1. Januar 2020 verbliebenen positiven Unterschiedsbeträge resultieren im Wesentlichen aus während der Konzernzugehörigkeit – vor Erstkonsolidierung – entstandenen Verlustvorträgen. Diese wurden daher dem Konzernergebnisvortrag zugeordnet und nicht als Geschäfts- oder Firmenwert klassifiziert.

Die Unterschiedsbeträge ermittelten sich zum 1. Januar 2020 wie folgt:

Name und Sitz der Gesellschaft	**Anschaffungs-kosten TEUR**	**anteiliges Eigenkapital TEUR**	**Unterschieds-betrag TEUR**
Advantag Services GmbH, Geldern	50	-579	629
Auximio AG, Geldern	90	-31	121
IGP TECHNIK AG, Berlin	8	-221	229
	148	-831	979

Der aus der Kapitalkonsolidierung der IGP Beteiligungs GmbH auf den 1. Januar 2021 verbliebene positive Unterschiedsbetrag wurde als Geschäfts- und Firmenwert klassifiziert und unter den immateriellen Vermögensgegenständen gesondert ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag ermittelte sich zum 1. Januar 2021 wie folgt:

Name und Sitz der Gesellschaft	**Anschaffungs-kosten TEUR**	**anteiliges Eigenkapital TEUR**	**Unterschieds-betrag TEUR**
IGP Beteiligungs GmbH, Berlin	1.000	821	179

Der aus der Kapitalkonsolidierung der BRH Generalplaner GmbH auf den 30. Juni 2021 verbliebene positive Unterschiedsbetrag wurde ebenfalls als Geschäfts- und Firmenwert klassifiziert und unter den immateriellen Vermögensgegenständen gesondert ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag ermittelte sich zum 30. Juni 2021 wie folgt:

Name und Sitz der Gesellschaft	**Anschaffungs-kosten TEUR**	**anteiliges Eigenkapital TEUR**	**Unterschieds-betrag TEUR**
BRH Generalplaner GmbH, Berlin	6.029	-1.189	7.218

Der aus der Kapitalkonsolidierung der CFV GmbH auf den 31. Dezember 2021 verbliebene positive Unterschiedsbetrag wurde ebenfalls als Geschäfts- und Firmenwert klassifiziert und unter den immateriellen Vermögensgegenständen gesondert ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag ermittelte sich zum 31. Dezember 2021 wie folgt:

Name und Sitz der Gesellschaft	**Anschaffungs-kosten TEUR**	**anteiliges Eigenkapital TEUR**	**Unterschieds-betrag TEUR**
CFV GmbH Immobilienprojektgesellschaft, Berlin	86	-5	91

5. Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Konzernabschluss ist im Anlagenspiegel dargestellt. Der ausgewiesene Geschäfts- oder Firmenwert entfällt in Höhe von TEUR 7 auf in den Jahresabschlüssen der einbezogenen Unternehmen entstandene Firmenwerte.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (TEUR 107) betreffen im Wesentlichen ausgereichte kurzfristige Darlehen bzw. Verrechnungskonten.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, (TEUR 22) betreffen im Wesentlichen ausgereichte kurzfristige Darlehen bzw. Verrechnungskonten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 1.608) enthalten insbesondere Forderungen gegen Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) (TEUR 403), Forderungen gegen das Finanzamt sowie im Folgejahr abzugsfähige Vorsteuer (insgesamt TEUR 459), Forderungen aus kurzfristigen Darlehensgewährungen und Verrechnungskonten (TEUR 237) sowie Kautionen (TEUR 189). Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen in Höhe von TEUR 2.757.

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) entspricht der Höhe nach der Eintragung im Handelsregister und ist vollständig eingezahlt. Es ist eingeteilt in 27.732.795 Stammaktien (Inhaberaktien) mit einem Nennwert von jeweils EUR 1,00. Es besteht bei der Muttergesellschaft ein genehmigtes Kapital bis zum 20.08.2025 in Höhe von EUR 13.756.500,00.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 17.08.2021 ist das Grundkapital um bis zu 12.479.758,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 12.479.758 neuen auf den Inhaber lautenden Nennbetragsaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie Inhaber bzw. Gläubiger von Wandlungs- und/oder Optionsrechten bzw. Wandlungspflichten für bis zum 16.08.2026 ausgegebene Wandelanleihen Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie aufgrund der Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder der Erfüllung von Wandlungspflichten ausgegeben werden, am Gewinn teil (Bedingtes Kapital 2021/I).

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 17.08.2021 ist das Grundkapital um bis zu 1.386.639,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.386.639 neuen auf den Inhaber lautende Nennbetragsaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsprogramm 2021 Bezugsrechte ausgegeben wurden oder werden und die Inhaber der Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen und nicht andere Erfüllungsformen eingesetzt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des

Geschäftsjahres an, für das zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teil (Bedingtes Kapital (Bedingtes Kapital 2021/II).

Die Kapitalrücklage resultiert insbesondere aus Agio-Beträgen im Rahmen von Kapitalerhöhungen des Grundkapitals sowie aus sonstigen Zuzahlungen der Gesellschafter und erhöhte sich durch entsprechende Einstellungen im Vergleich zum 31. Dezember 2020 um TEUR 2.

Die sonstigen Rückstellungen (TEUR 5.706) wurden im Wesentlichen für ausstehende Rechnungen (Fremdleistungen TEUR 3.470), Urlaubsansprüche, Personalkosten und Tantiemen (TEUR 432) sowie Kosten der Konzern- und Jahresabschlusserstellung und -prüfung (TEUR 188) gebildet.

Die Anleihen betreffen von der Auximio AG herausgegebene Wandelschuldverschreibungen. Diese haben eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2023 (TEUR 150) sowie 31. Dezember 2024 (TEUR 150) und werden mit 5,15 % p. a. verzinst.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 3.076) betreffen im Wesentlichen erhaltene kurzfristige Darlehen und Verrechnungskonten sowie Kaufpreisverbindlichkeiten gegenüber einer nicht dem Konsolidierungskreis zugehörigen Gesellschaft.

Die sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 7.231) beinhalten hauptsächlich Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt (TEUR 3.318) sowie Kaufpreisverbindlichkeiten betreffend den Erwerb der erstmals im Jahr 2021 konsolidierten Gesellschaften (TEUR 3.375).

6. Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

In den Umsatzerlösen sind hauptsächlich solche aus Projektleistungen und Erlöse aus der Veräußerung von Emissionszertifikaten, in nur sehr geringem Umfang auch Vermittlungsumsätze und Umsätze aus Finanzierungsberatung, sowie Lizenzerlöse enthalten:

	2021		2020	
	T€	%	T€	%
Bauprojekte	14.561	29,5	31.105	82,2
Zertifikatehandel	34.485	69,9	6.169	16,3
übrige	307	0,6	576	1,5
Summe	49.353	100,0	37.850	100,0

Die Umsätze werden ausschließlich in Deutschland und der Europäischen Union erzielt.

Im Geschäftsjahr 2021 waren periodenfremde Aufwendungen von TEUR 457 zu verzeichnen, die im Wesentlichen auf eventuelle Zahlungsausfälle entfallen.

In den Abschreibungen sind solche auf den aus den Erstkonsolidierungen resultierenden Geschäfts- oder Firmenwerten in Höhe von TEUR 2.325 enthalten.

Forschungskosten sind im Geschäftsjahr nicht entstanden.

7. Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wird entsprechend dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 21 (DRS 21) in die Bereiche laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit gegliedert.

Der Finanzmittelfonds setzt wie folgt zusammen:

	31.12.2021 TEUR
Kassenbestand	2
Guthaben bei Kreditinstituten	3.624
Liquide Mittel	3.626

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr TEUR 154, wobei das negative Konzernergebnis und die hohen Steuerzahlungen vor allem durch Abschreibungen und den Aufbau von sonstigen Rückstellungen leicht überkompensiert wurden.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit betrug TEUR 3.988. Dieser entfällt in Höhe von TEUR 2.915 auf Anschaffungskosten für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen, in Höhe von TEUR 500 auf ausgereichte langfristige Darlehen und in Höhe von TEUR 578 auf Auszahlungen für weitere Investitionen in das Anlagevermögen. Daneben waren TEUR 5 aus Einzahlungen aus dem Kauf von Sachanlagevermögen zu verzeichnen.

Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit lag im Geschäftsjahr bei TEUR 2.074 und resultiert im Wesentlichen aus Kreditaufnahmen bei Gesellschaftern (TEUR 2.000) und Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen (TEUR 57).

8. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen jährliche finanzielle Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 848.

Haftungsverhältnisse

Die Auximio AG, an welcher die IGP Advantag AG mit 77% beteiligt ist, haftet mit 10% der Kreditsumme für Kreditausfälle gegenüber dem Mikrokreditfonds Deutschland. Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 betrug das maximale Risiko T€ 261,1. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme wird als gering eingeschätzt, da automatische Bonitätsprüfungen seitens Auximio und der kreditvergebenden Bank durchgeführt werden.

Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beläuft sich für das Geschäftsjahr 2021 auf TEUR 94. Dieses entfällt vollständig auf Abschlussprüfungsleistungen.

Anteilsbesitz

1. Vollkonsolidierte Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital %
Advantag Services GmbH, Geldern	100,00
Auximio AG, Geldern	76,97
IGP Ingenieur GmbH, Berlin	100,00
IGP Hotel Projektmanagement GmbH, Berlin	100,00
Metis Systems Aktiengesellschaft, Berlin	100,00
IGP Technik GmbH, Berlin	100,00
BRH Generalplaner GmbH, Berlin	100,00
IGP Projekt GmbH, Berlin	100,00
IGP Beteiligungs GmbH, Berlin	100,00
CFV GmbH Immobilienprojektgesellschaft, Berlin	89,90

2. Nach § 296 Abs. 2 bzw. § 311 Abs. 2 HGB nicht einbezogene Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital %
Steinfurt Entwicklungs GmbH, Berlin	98,80
IGP med GmbH, Berlin	51,00
IGP Engineering & Architecture Spain S.L. (Sóller, Spanien)	50,00
IGP doors GmbH, Berlin	50,00
MIQ [überbau] AG, Berlin	50,00
IGP Sachverständigen GmbH, Berlin	45,00
DeepGreen Funding GmbH, Berlin	25,10
Conbene Improvement GmbH, Berlin	25,10
Franken Generalplaner GmbH, Frankfurt a.M.	25,10

Die vorgenannten Gesellschaften wurden aufgrund ihrer insgesamt untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht in den Konzernabschluss einbezogen, da die Bilanzsummen insgesamt weniger als 1,4 % der Konzernbilanzsumme und die Umsatzerlöse weniger als 3,5 % der Konzernumsatzerlöse betragen.

3. Angaben nach § 313 Abs. 2 Nr. 6 HGB zu Unternehmen, an denen die Konzernunternehmen als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt ist

Name und Sitz der Gesellschaft

ARGE OÜ FGT 1 und 2 IGP Ingenieur-Aktiengesellschaft und Beratende Ingenieure Dworok Bau-Plan-Consult GmbH, Berlin

ARGE RvOü FBB IGP Ingenieur-Aktiengesellschaft, Heimann Ingenieur GmbH und IOMTECH GmbH, Berlin

ARGE (Bewerbergemeinschaft) BWG IGP-Bauplanung, Berlin

ARGE (Bewerbergemeinschaft) BWG MBS (IGP Ingenieur-Aktiengesellschaft / Bauplanung Plauen GmbH), Berlin

Die Steinfurt Entwicklungs GmbH ist unbeschränkt haftende Gesellschafterin der Weberquartier Steinfurt GmbH & Co. KG, Berlin.

Vorstand

Die Geschäftsführung und Vertretung der Muttergesellschaft obliegt den jeweils alleinvertretungsberechtigten Vorstandsmitgliedern Stefan Gräf (Diplom-Ingenieur; Vorstand Beteiligungen, Strategie und Personal), Berlin, und Raik Oliver Heinzelmann (Vorstand Finanzen, Recht), Issum.

Gesamtbezüge des Vorstands

Hinsichtlich der Angaben der Vorstandsgehälter (§ 314 Abs. 1 Nr. 6 HGB) macht die Muttergesellschaft von der Befreiungsvorschrift nach § 314 Abs. 3 i. V. m. § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats waren im Geschäftsjahr 2021:

Herr Friedrich Orth (Diplom-Ingenieur), Hamburg (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Frau Petra Wierzchowski (Wirtschaftsprüferin), Berlin (stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats)

Frau Jennifer Gräf (M.Sc. Architektin), Berlin

Herr Burkhard Dregger (Rechtsanwalt), Berlin

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats

Insgesamt erhielten die Mitglieder des Aufsichtsrats Bezüge in Höhe von TEUR 72.

Vorschüsse, Kredite an Organmitglieder

An Mitglieder des Vorstands wurden Vorschüsse und kurzfristige Kredite in Höhe von insgesamt TEUR 58 gewährt. Im Geschäftsjahr wurden von Mitgliedern des Vorstands TEUR 7 zurückgezahlt.

Mitarbeiterzahl

Im Konzern wurden im Geschäftsjahr durchschnittlich – ermittelt auf Quartalsbasis – 141 MitarbeiterInnen beschäftigt. Hiervon entfallen 31 MitarbeiterInnen auf den Verwaltungs- und 110 MitarbeiterInnen auf den leistungserstellenden Bereich.

Besondere Vorgänge nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Bilanzstichtag haben sich noch folgende Ereignisse mit wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft ergeben:

Am 14.01.2022 hat die IGP Beteiligungs GmbH 30 % der Geschäftsanteile des Unternehmens SAA Schweger Architekten GmbH, Hamburg, zum Erwerbspreis von EUR 520.000,00 erworben. Hiermit stärkt die IGP - Gruppe ihre Kompetenz im Architekturbereich sowie ihre Präsenz in Norddeutschland.

Ergebnisverwendung

Der Vorstand der Muttergesellschaft schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2021 in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Berlin, 25. Juli 2022

Stefan Gräf
IGP Advantag AG, Berlin

Raik Oliver Heinzelmann

Entwicklung des Konzernanlagevermögens im Geschäftsjahr 2021
IGP Advantag AG, Berlin

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					AUFGELAUFENE ABSCHREIBUNGEN					REST-BUCHWERTE	
	01. Jan 21	Zugänge Veränderung Konsolidierungskreis	Zugänge	Abgänge	31. Dez 21	01. Jan 21	Zugänge Veränderung Konsolidierungskreis	Zugänge	Abgänge	31. Dez 21	31. Dez 21	31. Dez 20
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE												
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	669.546,54	0,00	0,00	0,00	669.546,54	202.295,54	0,00	119.305,00	0,00	321.600,54	347.946,00	467.251,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	166.354,83	56.242,98	66.006,39	598,00	288.006,20	124.074,33	28.159,62	51.120,25	597,00	202.757,20	85.249,00	42.280,50
3. Geschäfts- oder Firmenwert	30.997.767,27		7.487.806,83	0,00	38.485.574,10	2.250.253,16	0,00	2.324.650,66	0,00	4.574.903,82	33.910.670,28	28.747.514,11
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	93.866,24	0,00	93.866,24	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	93.866,24	0,00
	31.833.668,64	*56.242,98*	*7.647.679,46*	*598,00*	*39.536.993,08*	*2.576.623,03*	*28.159,62*	*2.495.075,91*	*597,00*	*5.099.261,56*	*34.437.731,52*	*29.257.045,61*
SACHANLAGEN												
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	637.842,40	351.720,85	47.177,88	28.035,71	1.008.705,42	305.787,90	191.182,27	128.705,12	27.918,18	597.757,11	410.948,31	332.054,50
FINANZANLAGEN												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	104.700,00	0,00	0,00	0,00	104.700,00	79.999,00	0,00	0,00	0,00	79.999,00	24.701,00	24.701,00
2. Beteiligungen	36.218,79	76.069,41	370.587,70	0,00	482.875,90	2.884,63	0,00	0,00	0,00	2.884,63	479.991,27	33.334,16
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	500.000,00	0,00	500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	500.000,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen	110.045,43	0,00	1.058,02	0,00	111.103,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	111.103,45	110.045,43
	250.964,22	*76.069,41*	*871.645,72*	*0,00*	*1.198.679,35*	*82.883,63*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*82.883,63*	*1.115.795,72*	*168.080,59*
	32.722.475,26	**484.033,24**	**8.566.503,06**	**28.633,71**	**41.744.377,85**	**2.965.294,56**	**219.341,89**	**2.623.781,03**	**28.515,18**	**5.779.902,30**	**35.964.475,55**	**29.757.180,70**

IGP ADVANTAG AG

Inhaltsverzeichnis

1 GRUNDLAGEN DES KONZERNS 2

1.1 ÜBERBLICK 2
1.2 UNTERNEHMENSSTRUKTUR 2
1.3 GESCHÄFTSMODELL 3
1.4 ORGANE UND MITARBEITER 5

2 WIRTSCHAFTSBERICHT 5

2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG [1] 5
2.2 BRANCHENSITUATION 6

3 GESCHÄFTSVERLAUF 9

3.1 ERTRAGSLAGE 10
3.1.1 ERLÄUTERUNG KONZERNERLÖSE 10
3.1.2 ERLÄUTERUNG KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 10
3.2 FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE 11
3.2.1 ERLÄUTERUNG KONZERNBILANZ 11
3.3 ERLÄUTERUNG KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG 12
3.4 BEURTEILUNG DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DURCH DEN VORSTAND 12

4 CHANCEN- UND RISIKOBERICHT 14

4.1 CHANCENBERICHT 14
4.2 RISIKOMANAGEMENT 16
4.3 DARSTELLUNG DER EINZELNEN RISIKEN 17
4.3.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RISIKEN 17
4.3.2 MARKTRISIKEN 18
4.3.3 UNTERNEHMENSBEZOGENE UND OPERATIVE RISIKEN 19
4.3.4 SONSTIGE RISIKEN 23
4.4 GESAMTBETRACHTUNG DER RISIKEN 23

5 PROGNOSEBERICHT 23

5.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG 23
5.2 BRANCHENSITUATION 24
5.3 AUSBLICK (FÜR DEN IGP ADVANTAG-KONZERN) 27

1 Grundlagen des Konzerns

1.1 Überblick

Die IGP Advantag AG ist ein integrierter Infrastrukturdienstleister mit ausgeprägtem Spezialwissen entlang der gesamten Wertschöpfungskette der AEC-Industrie (AEC: Architecture, Engineering and Construction). 1998 gegründet, verfügt die IGP Gruppe über langjährige Erfahrung und beschäftigt heute nahezu 350 hochqualifizierte Mitarbeiter und externe Fachleute in Partnerunternehmen an verschiedenen Standorten in ganz Deutschland.

Die Geschäftsaktivitäten ruhen auf vier Säulen: Initiate, Manage, Sustain und Invest. Dabei umfasst Initiate die Identifikation, Entwicklung sowie Planung von Immobilienprojekten auch vor dem Hintergrund planungs- und baurechtlicher Sondersituationen. Manage beinhaltet die Generalplanung, Projektsteuerung, Durchführung und Bauleitung einschließlich der Objekt- und Bauüberwachung unter Verwendung modernster digitaler Prozesse und der eigenen BIM-Anwendung [überbau]. Um das umfassende und wissensgetriebene Geschäftsmodell weiter auszubauen und sich zusätzliche Expertise zu sichern, erfolgt im Rahmen der Invest-Strategie die gezielte Beteiligung an baunahen innovativen Dienstleistungsunternehmen, darunter namhafte Architektur- und Sachverständigenbüros, aber auch Experten für Transformations- und Prozessoptimierung, Fördermittel sowie Softwareexperten mit eigener BIM-Software. Sustain mit dem Schwerpunkt auf Klimaschutz, Green Building und Emissionshandel ergänzt das Geschäftsmodell um weitere zukunftsweisende Unternehmensbereiche. Insgesamt adressiert das Unternehmen mit seinem Portfolio langfristige Megatrends wie Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Digitalisierung.

Im Jahr 2020 erfolgte eine umfassende strategische Neuausrichtung der Gesellschaft, die durch die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage der IGP Ingenieur AG, Berlin, und der IGP Projekt GmbH, Berlin, in die börsennotierte Advantag AG, Geldern, vollzogen wurde (Reverse Take-over).

Die Aktie der IGP Advantag AG ist unter ISIN DE000A1EWVR2 im gehobenen Freiverkehrssegment Primärmarkt der Börse Düsseldorf sowie im Freiverkehr der Börsen Berlin, München und Frankfurt mit Handel der Aktien auf XETRA notiert.

1.2 Unternehmensstruktur

Der IGP Advantag Konzern bestand zum Bilanzstichtag 31.12.2021 in der ersten Ebene aus der Muttergesellschaft IGP Advantag AG und in der zweiten Ebene aus den jeweils 100%igen Tochtergesellschaften IGP Ingenieur GmbH (Projektmanagement und Objektüberwachung), IGP Beteiligungs GmbH (Beteiligungen), IGP Projekt GmbH (Projektentwicklung), Advantag

Services GmbH (Emissionshandel) sowie der 76,6 %igen Tochtergesellschaft Auximio AG (Mikrofinanzinstitut).

Unterhalb der IGP Ingenieur GmbH sind wiederum folgende Tochtergesellschaften gegliedert:

- 100%ige Tochtergesellschaft IGP Technik GmbH (Technische Gebäudeausrüstung)
- 100%ige Tochtergesellschaft IGP Hotel Projekt Management GmbH (weltweite Projektabwicklung)
- 100%ige Tochtergesellschaft Metis Systems AG (Projektsteuerung mit eigener BIM-Software)
- 100%ige Tochtergesellschaft BRH Generalplaner GmbH (Planungsleistungen)
- 89,9%ige Tochtergesellschaft CFV GmbH (Immobilien-Projektgesellschaft).

Unterhalb der IGP Beteiligungs GmbH sind folgende Tochtergesellschaft gegliedert:

- 51%ige Tochtergesellschaft IGP Med GmbH (Gesundheitsimmobilien)
- 50%ige Tochtergesellschaft MIQ [überbau] AG (Software)
- 50%ige Tochtergesellschaft IGP Doors GmbH (Türsysteme)
- 25,1%ige Tochtergesellschaft Deep Green Funding GmbH (Fördermittelberatung)
- 25,1%ige Tochtergesellschaft Conbene Improvement GmbH (Lean Management)
- 25,1%ige Tochtergesellschaft Franken Generalplaner GmbH (Architektur)

Die IGP Projekt GmbH hält 45 % der Anteile an der IGP Sachverständigen GmbH (Gutachten und Brandschutz) und 99 % der Anteile an der Steinfurt Entwicklungs GmbH

1.3 Geschäftsmodell

Der IGP Advantag-Konzern verfügt über ein breites Spektrum innerhalb des Infrastrukturbereiches, das von der Klärung planungs- oder baurechtlicher Sondersituationen über die Generalplanung und Projektsteuerung sowie die Durchführung und Bauleitung bis zur Objekt- und Qualitätsüberwachung sowie Inbetriebnahme reicht. Im Laufe der über 20-jährigen Unternehmensgeschichte hat die IGP Advantag-Gruppe eine Vielzahl an Immobilienprojekten im In- und Ausland erfolgreich begleitet. Der Konzern beschäftigt mehr als 140 eigene Mitarbeiter und kann auf weitere ca. 200 Fachkräfte aus zahlreichen Partnerunternehmen zurückgreifen, mit denen überwiegend langjährige Geschäftsbeziehungen unterhalten werden.

Der Konzern verfügt mit der selbstentwickelten BIM-Software [überbau] über eine umfassende Lösung zur Prozessdigitalisierung. [überbau] ist ein ganzheitliches Managementsystem für die Immobilienbranche, mit der Bauherren, Generalunternehmer und ausführende Firmen erhebliche Kosten- und Zeiteinsparungen erzielen können. Die Software unterscheidet sich von den Systemen der Mitbewerber dadurch, dass sie nicht nur für die Planungsphase eingesetzt wird, sondern als einzige Lösung für die Leistungsphasen nach Ausschreibungen optimiert ist. [überbau] ordnet den unterschiedlichen Bauleistungen Informationen zu und visualisiert den

Bauprozess. Die umfassende Softwarelösung übernimmt Steuerungs- und Dokumentationsaufgaben im Baumanagement zur effizienten und sicheren Projektsteuerung und bietet so mehr Kontrolle, Aktualität und Transparenz in allen Phasen des Bauprojekts.

Bis 2019 wurde [überbau] intern entwickelt und operativ eingesetzt. 2020 erfolgte der Vermarktungsstart von [überbau], die nun von der Tochtergesellschaft METIS SYSTEMS AG als SaaS Lösung vertrieben wird. Das skalierbare Geschäft mit [überbau] soll ein wachstumsstarkes und margenträchtiges Standbein des IGP Advantag-Konzerns werden und einen wachsenden Anteil an wiederkehrenden Erlösen generieren. Darüber hinaus bietet das hochskalierbare Softwaregeschäft eine positive Wirkung auf die Konzernmargen.

Die Advantag Services GmbH betreibt den Handel mit CO2-Emissionsrechten im Rahmen des verpflichtenden europäischen Emissionshandels ETS. Darüber hinaus ist die Advantag Services hinsichtlich des neu gestarteten Emissionshandels für die internationale Luftfahrtindustrie (CORSIA) als Mitglied der Singapur AirCarbon Exchange zugelassen sowie als Intermediär für das nationale Emissionshandelssystem nEHS an der European Energy Exchange EEX, welches 2021 begonnen hat und in den kommenden Jahren europaweit eingeführt werden soll. Zudem soll das EU ETS 2024 um die Sektoren Schifffahrt und Recycling ausgeweitet werden.

Die IGP Advantag-Gruppe verfolgt darüber hinaus das Ziel, durch Übernahmen und Minderheitsbeteiligungen in Deutschland zu wachsen, um so das eigene Leistungsspektrum über weitere Spezialbereiche zu vergrößern. Dabei betreibt der Konzern kein aktives Targeting, sondern nimmt überwiegend Opportunitäten war. Aus diesem Grund unterliegen potenzielle Beteiligungsszenarien keinem zeitlichen Horizont. Das finanzielle Volumen einer Beteiligungstransaktion bewegt sich in einem sechs- bis siebenstelligen Bereich.

Schließlich entwickelt die IGP Advantag planmäßig in den kommenden Jahren auch eigene Immobilienprojekte und beabsichtigt damit, die Wertschöpfungskette und die daraus entstehenden Ertragspotenziale signifikant zu vergrößern. Eigene Projektentwicklungen stellen einen wichtigen Expansionsschritt für die Gruppe mit erheblichem Beitrag zur weiteren Profitabilitätssteigerung dar. Hierbei liegt der Schwerpunkt weiterhin auf planungs- oder baurechtlich schwierigen Situationen, in denen die IGP Advantag-Gruppe über eine große Expertise verfügt, so dass der Zugang zu diesen Projekten oft zu attraktiven Konditionen erfolgt. Zunächst liegt der Fokus für das eigene Projektgeschäft auf den Regionen Rhein-Ruhr und Berlin. Mit dem Erwerb eines 5,5 ha großen Areals in Fürstenwalde hat IGP hierbei im Geschäftsjahr 2022 den ersten Schritt getan. Entstehen soll dort ein Bildungs- und Gesundheitscampus, auf dem auch Wohnen möglich ist und der sich wenige Kilometer von der Tesla Gigafactory Grünheide entfernt befindet. Das Projekt soll in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern bis 2027 vollständig realisiert werden.

1.4 Organe und Mitarbeiter

Im Berichtsjahr ergaben sich keine Veränderungen bei der Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat.

Die IGP Advantag AG wird von ihren Vorständen Stefan Gräf und Raik Oliver Heinzelmann geleitet.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus vier Mitgliedern zusammen. Den Vorsitz hat Dipl.-Ing. Friedrich Orth inne. Seine Stellvertreterin ist die Wirtschaftsprüferin Petra Wierzchowski. Weitere Mitglieder sind der Rechtsanwalt Burkard Dregger und die Architektin M.Sc. Jennifer Gräf.

Auf Konzernebene wurden im Jahresdurchschnitt 141 Mitarbeiter beschäftigt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung [1]

Für die deutsche Wirtschaft war das Jahr 2021 erneut herausfordernd. Die Pandemie und Maßnahmen zu ihrer Eindämmung bestimmten bis in das Frühjahr hinein die wirtschaftliche Entwicklung. Der Rückgang der Infektionszahlen ermöglichte zum Sommer hin eine Erholung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen, im weiteren Jahresverlauf belasteten jedoch zunehmend Liefer- und Materialengpässe besonders die Industriekonjunktur. Im Herbst 2021 nahmen die Infektionszahlen abermals deutlich zu und verlangsamten die wirtschaftliche Erholung im Schlussquartal deutlich. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Jahr 2021 nach dem Einbruch im Jahr zuvor auf 3.570,6 Mrd. EUR, preisbereinigt lag der Zuwachs bei 2,9 %[1]. Damit lag das reale BIP aber noch um rund 2 % unter dem Wert von 2019, dem Jahr vor Ausbruch der Pandemie. [2]

Konsumausgaben

Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2021 um 3,1 %. Eine höhere Inflationsrate war zuletzt im Jahr 1993 mit +4,5 % ermittelt worden. Besonders in der zweiten Jahreshälfte verstärkten mehrere Sondereffekte den Preisauftrieb. U.a. schlugen Basiseffekte durch: Die Preise vieler Produkte verharrten im Jahr 2020 auf einem niedrigen Niveau, teilweise gingen sie sogar stark zurück. Zudem waren z.B. die Mehrwertsteuersätze im zweiten Halbjahr 2020 vorübergehend von 19% auf 16% bzw. von 7% auf 5% reduziert worden. Die Preise für Mineralölprodukte waren sogar dramatisch gesunken, nachdem die Nachfrage Corona-bedingt weltweit eingebrochen war.

Vor allem Energieprodukte verteuerten sich 2021 (+10,4 % gegenüber dem Vorjahr), wozu auch die Einführung der CO2-Abgabe beitrug. Hinzu kamen Lieferengpässe und starke Preiserhöhungen auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen. Für Dezember 2021 wies das Statistische Bundesamt einen Anstieg der Verbraucherpreise um 5,3 % gegenüber dem Vorjahr aus.

---

[1] Bruttoinlandsprodukt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2021 - Statistisches Bundesamt (destatis.de)

[2] https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/deutsche-wirtschaft-waechst-2021-um-2-7-prozent-883750

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2021 trotz der anhaltenden Pandemiesituation stabil. Im Dezember 2021 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 34,37 Millionen so hoch wie noch nie. 2,33 Millionen Menschen waren arbeitslos und damit 378.000 weniger als im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote lag unverändert bei 5,1 %.[3]

2.2 Branchensituation

Deutsches Baugewerbe[4]
Nach Angaben des Zentralverbandes Deutsches Baugewerbe (ZDB) lag der Umsatz im deutschen Baugewerbe im Jahr 2021 mit 143,5 Mrd. EUR nur um 0,5 Mrd. EUR höher als im Geschäftsjahr 2020. Damit sah der Verband seine Prognose für das Geschäftsjahr 2021 bestätigt. Zwar wurde nominal damit ein Zuwachs um 0,5 % erzielt. Da sich die Preise für Bauleistungen allerdings um 6 % erhöht hatten, sank der Umsatz real damit um rund 6 %, Obwohl die Nachfrage nach Bauleistungen im vergangenen Jahr angestiegen ist, haben Material- und Lieferengpässe sowie deutliche Preisanstiege von rund 4 % den Geschäftsverlauf eingebremst. Auch die Abarbeitung der hohen Auftragsbestände wurde davon negativ beeinflusst. Insbesondere die Entwicklung der Einkaufspreise stellte die deutsche Baubranche vor große Herausforderungen. Teilweise lagen die Einkaufspreise für verschiedene Baustoffe wie Bauholz, Kunststoffprodukte und vor allem Stahl um 30 % bis 70 % über dem Wert des Vorjahres. Dem Baugewerbe ist es aber gelungen, die erhöhten Einkaufspreise fast vollständig an Auftraggeber weiterzugeben.

Die Kapazitätsauslastung war mit über 80 % sehr hoch. Aufgrund dieser Auslastung setzte sich der seit 2016 anhaltende Trend fort, dass das Baugewerbe stärker als sonstige Industriezweige in Anlagen investiert. Bundesweit beschäftigte das deutsche Baugewerbe im Berichtszeitraum rund 905.000 Mitarbeiter. Neben der Gewinnung von ausländischen Arbeitskräften zeigte sich zunehmend ein Trend, die Zahl von Ausbildungsplätzen zu erhöhen.

Wohnungsbau
Der Umsatz im Wohnungsbau lag im Berichtszeitraum mit 55,4 Mrd. EUR rund 2 % nominal über dem Vorjahreswert. Im Jahresverlauf lagen die Auftragsbestände im Wohnungsbau bei rund 13 Mrd. EUR. Dies entspricht einer Steigerung zum Vorjahreswert um rund 20 %. Damit war der Wohnungsbau weiterhin die Stütze der deutschen Baukonjunktur. Die Nachfrage nach Wohnraum bewegte sich damit auf einem sehr hohen Niveau. Im gesamten Jahr 2021 wurde der Bau von 380.914 neuen Wohnungen genehmigt, was einer Steigerung zum Vorjahr von rund 3,3 % entspricht.[5]
Allerdings wurden im Jahresverlauf nur 293.393 Wohnungen fertiggestellt, 4,2 % weniger als im Vorjahr.[6] Sollten die Pläne der Bundesregierung Bestand haben, zukünftig jährlich 400.000 Wohnungen neu zu errichten, müsste mit einer starken Erhöhung der jährlichen Baufertigstellung um circa 30 % gerechnet werden. Der ZDB hält diese Pläne für äußerst

[3] Vgl. https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/arbeitsmarkt-dezember-1994624
[4] Vgl. https://www.zdb.de/baukonjunktur/konjunkturprognose-2021
[5] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_095_3111.html
[6] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_212_31121.html

ambitioniert. Um der möglicherweise stark steigenden Nachfrage begegnen zu können, empfiehlt der ZDB, zukünftig verstärkt auf modulares und serielles Bauen zu setzen.

Wirtschaftsbau
Der ZDB bezeichnete die Nachfrage im Wirtschaftsbau im Jahr 2021 als volatil und „Corona-gezeichnet". Für das Jahr 2021 wurde der Umsatz im Wirtschaftsbau auf 50,3 Mrd. EUR beziffert, dies entspricht einem Nominalwachstum von 1 %. Das Genehmigungsvolumen für klassische Handelsgebäude lag im Jahr 2021 um 14 % unter dem Vorjahr als Niveau. Der im Verlauf der Pandemie rasant gewachsene Onlinehandel hat vor allem die Nachfrage nach Lagerflächen stark ansteigen lassen. Die Nachfrage nach Industriegebäuden lag hingegen noch unter dem bereits niedrigen Vorjahresniveau. Der Hotel- und Gastronomiebereich war durch die Corona-Einschränkungen ebenfalls schwach. Aufgrund der im Vorjahr verschobenen Investitionen verzeichneten Krankenhäuser einen Zuwachs um 64 %. Treibende Kräfte waren hier Sanierungsmaßnahmen und die Aufstockung der Betten auf den Intensivstationen.

Öffentlicher Bau
Im Öffentlichen Bau wird von einem Umsatz in Höhe von 37,8 Mrd. EUR ausgegangen. Dies entspricht einem Rückgang um 3 % nominal. Durch den Wegfall des Rettungsschirms im Jahr 2021 fehlte es vielen Kommunen an entsprechenden Sicherungsinstrumenten, um die geplanten Investitionen umzusetzen. Darüber hinaus schränkten steigende Ausgaben für Personal und höhere soziale Aufwendungen die Budgets ein. Der Investitionsstau der Kommunen liegt inzwischen bei rund 150 Mrd. EUR, davon entfallen 80 Mrd. EUR auf den Neubau und die Sanierung von Schulen und Straßen.[7]

Immobilieninvestmentmarkt [8]
Insgesamt wurden im Jahr 2021 in Deutschland Immobilien im Wert von rund 111 Mrd. EUR gehandelt. Der Markt für Gewerbeimmobilien hat sich im Jahr 2021 stabilisiert. Der Markt für Wohnimmobilien bewegt sich weiterhin auf Rekordniveau und erreichte im Jahr 2021 erstmal die höchsten Transaktionsvolumina innerhalb aller Nutzungsarten. Auch Projektentwicklungen erreichten ein Allzeithoch. [9]

Wohnimmobilien
Im Jahr 2021 wurde mit knapp 51 Mrd. EUR ein neuer Rekordumsatz in dieser Assetklasse erreicht. Dieser Wert wurde zu 81 % durch Transaktionen großer Bestandsportfolios geprägt, wie die Übernahme der Deutschen Wohnen durch die Vonovia. Mit einem Investitionsvolumen von 6,28 Mrd. EUR haben Projektentwicklungen ein neues Rekordergebnis aufgestellt und übertreffen damit den zehnjährigen Durchschnitt um das Doppelte.

Bemerkenswert ist, dass im Jahr 2021 in diesem Marktsegment nicht nur Metropolen im Blickpunkt standen. Außerhalb der A-Städte wurden 53 % der Investments getätigt. Im Bereich der Projektentwicklungen besteht ein besonders hoher Nachfrageüberhang. Das

[7] https://www.zdb.de/baukonjunktur/konjunkturberichte/bauhauptgewerbe-baukonjunktur-2021-1
[8] https://news.cbre.de/deutschlands-immobilieninvestmentmarkt-mit-neuem-umsatzrekord--transaktionsvolumen-von-mehr-als-111-milliarden-euro--40-prozent-ueber-vorjahreswert/
[9] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/investmentmarkt/deutschland-at-a-glance, https://www.jll.de/de/trends-and-insights/research/investmentmarktueberblick

knappe Angebot an Wohnimmobilien hat die Preisentwicklung vorangetrieben und damit die Renditen sinken lassen. Dies gilt insbesondere im Bereich der begehrten Neubauten. [10]

Gewerbeimmobilien

Der Investmentmarkt für Gewerbeimmobilien befindet sich auf einem Erholungskurs. Das Transaktionsvolumen lag im Jahr 2021 mit 62,1 Mrd. EUR fast 5 % über dem Vorjahresergebnis und nur 8 % unter dem Rekordjahr 2019. Der zehnjährige Investmentdurchschnitt wurde um 32 % übertroffen.[11] Büroobjekte bildeten mit Investitionen von mehr als 30 Mrd. EUR innerhalb der Gewerbeimmobilien weiterhin die größte Assetklasse. Damit erhöhten sich diese Investitionen um 11 % gegenüber dem Vorjahr und belegten die Zuversicht der Investoren, obwohl das Homeoffice während der Pandemie oft als Alternative zum Büro favorisiert wurde.

Industrie- und Logistikimmobilien bildeten mit 10 Mrd. EUR und einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 34 % das zweitgrößte Segment ab. Die Assetklasse Einzelhandel wurde mit 9,5 Mrd. EUR[12] auf den dritten Platz verdrängt. Das Transaktionsvolumen lag um rund 22 % unter dem Vorjahreswert und belegte, dass die Pandemie in diesem Bereich immer noch einen großen dämpfenden Einfluss hatte. [13]

Gesundheitsimmobilien

Investitionen in Healthcare-Immobilien sind seit einigen Jahren äußerst gefragt. Dieser Trend setzte sich im Jahr 2021 fort. Der Gesamtumsatz lag mit rund 4,43 Mrd. EUR um 12 % über der im Jahre 2020 aufgestellten Bestmarke. Darüber hinaus wurde damit der zehnjährige Durchschnitt in dieser Assetklasse um das Doppelte übertroffen. Die Investitionsdynamik könnte weiter steigen, da nun auch inländische institutionelle Investoren in diesen Markt drängen: Die von der demografischen Entwicklung getriebene Nachfrage trifft aber weiterhin auf einen Angebotsengpass, steigende Preise drücken die Renditen vor allem in den Bereichen Betreutes Wohnen und Pflegeheimen. Mit 3,12 Mrd. EUR entfallen rund 70 % des Umsatzes auf Pflegeimmobilien. Betreutes Wohnen weist mit einer Steigerung um 41 % gegenüber dem Vorjahreswert auf 603 Millionen EUR die größte Wachstumsdynamik auf. Auf Projektenwicklungen entfielen Investitionen in Höhe von knapp einer Milliarde EUR. [14]

Bildungsimmobilien

Die Datenlage für den Markt von Bildungsimmobilien in all seinen Facetten ist unvollständig. Laut KfW-Kommunalpanel 2022 planten die Kommunen 2021, 9,8 Mrd. EUR in Schulen zu investieren. Damit bildet dieser Bereich den größtem Investitionsposten für Kommunen noch vor dem Straßenbau (9,2 Mrd. EUR). Zu beachten ist, dass die tatsächlich verausgabten Investitionen regelmäßig rund ein Drittel unter den geplanten Investitionen liegen könnten. Für das Jahr 2021 wurde der Investitionsrückstand bei Schulen auf 45,6 Mrd. EUR beziffert.

---

[10] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/wohnungsmarkt/deutschland-report-institutionelle-investoren-2022

[11] https://www.cbre.de/de-de/research/Report-Figures-Deutschland-gewerblicher-Investmentmarkt-H2-2021

[12] https://zia-deutschland.de/project/zahlen-daten-fakten-handelsimmobilien/

[13] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/logistikmarkt/deutschland-at-a-glance-q4-2021-0, https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/retailmarkt/deutschland-in-a-nutshell-q4-2021, https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/hotelmarkt/deutschland-in-a-nutshell-q4-2021

[14] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/healthcare-investmentmarkt/deutschland-at-a-glance-q4-2021

Verglichen mit dem KfW-Kommunalpanel 2021 ergibt sich gegenüber 2020 nur ein leichter Rückgang (-1,9%).[15] Neben Schulen oder Universitäten müssten in diesem Bereich auch Investitionen privater Bildungsträger und berufsspezifischer Ausbildungsanbieter erfasst werden. Einer Markteinschätzung kann man sich daher nur indikativ nähern.

Green Buildings[16]
Ein Viertel aller im Jahr 2021 in Gewerbeimmobilien als Single Asset Deal getätigten Investitionen entfiel auf nachhaltig zertifizierte Gebäude, sogenannte Green Buildings. Das Investitionsvolumen betrug im Berichtszeitraum rund 12,4 Mrd. EUR und erreichte damit einen neuen Höchstwert. Die neue Taxonomie und Offenlegungsverordnung der EU erzwingt die Einhaltung von ESG-Normen und entwickelt sich zum unabdingbaren Standard für Immobilieninvestments.

Emissionshandel[17]
Der Handel mit CO2-Emissionszertifikaten hat nach dem pandemiebedingt schwachen Jahr 2020 im Geschäftsjahr 2021 wieder deutlich Fahrt aufgenommen. Insgesamt wurden im Jahr 2021 an der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig rund 101 Millionen Emissionsberechtigungen im Gesamtwert von über 5,3 Mrd. EUR für Deutschland versteigert. Der Durchschnittspreis pro Berechtigung stieg von 24,61 EUR im Jahr 2020 auf 52,50 EUR im Jahr 2021 und hat sich damit mehr als verdoppelt. Am 17. Dezember wurde mit 82,25 EUR der höchste Preis bei einer deutschen Auktion seit Beginn der Versteigerungen im Jahr 2010 erzielt.

Ergänzend zum EU-ETS startete 2021 in Deutschland das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) für die Bereiche Wärme und Verkehr, um dort den klimaschädlichen CO_2-Ausstoß zu senken. Bis 2022 sind zunächst nur die Hauptbrennstoffe Benzin, Diesel, Heizöl, Flüssig- und Erdgas Teil des nEHS, ab 2023 alle weiteren Brennstoffe, darunter auch Kohle. Im Rahmen des nEHS gilt zunächst bis 2025 ein gesetzlich festgelegter Festpreis. Die Festpreisauktionen für ein nEHS-Zertifikat und damit für eine Tonne CO_2 starteten in 2021 mit 25 EUR, werden bis 2025 schrittweise auf 55 EUR ansteigen und sich ab 2026 durch Angebot und Nachfrage bestimmen, wobei eine Deckelung bei 65 EUR erfolgt.[18]. Seit Verkaufsbeginn im Oktober 2021 wurden insgesamt rund 287 Mio. nEHS-Zertifikate zu einem Festpreis von 25 EUR im Gesamtwert von rund 7,2 Mrd. EUR an der EEX versteigert.

3 Geschäftsverlauf

In der Sparte Baudienstleistungen bestand die Auftraggeberstruktur 2021 vor allem aus privaten Bauherren. In den Vorjahren dominierten öffentliche Auftraggeber. Der Rückgang war überwiegend darauf zurückzuführen, dass der größte öffentliche Auftrag, der Berliner Flughafen, im abgelaufenen Geschäftsjahr nur noch mit einer verbleibenden Rumpfmannschaft bearbeitet wurde. Öffentliche bzw. halböffentliche Auftraggeber bleiben aber ein wichtiges Marktsegment für die IGP-Gruppe. Seit Jahren arbeitet die IGP

[15] https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2022.pdf Seite 13ff.
[16] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/investmentmarkt/deutschland-market-focus
[17] Vgl. https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/emissionshandel-2021-rekordeinnahmen-von-ueber-12
[18] https://www.gesetze-im-internet.de/behg/BJNR272800019.html

vertrauensvoll mit öffentlichen Auftraggebern, wie der Stadt Berlin, der Charité Universitätsmedizin Berlin, der FBB Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH sowie mehreren Wohnungsbaubaugesellschaften in Berlin und München zusammen.

Der im Fokus stehende Gesundheits- und Bildungsbereich konnte 2021 bei privaten Investoren ebenfalls ausgebaut werden und wird auch in den kommenden Jahren im Vordergrund stehen. Die Sanierung von Pflegeheimen, die nicht nur Corona-bedingt von 2- auf 1-Bett Zimmer umgebaut werden müssen, stellt für die Zukunft eine zusätzliche Aufgabe dar. Die IGP kann hierbei als Wettbewerbsstärke die jahrelange Erfahrung aus der Sanierung von Gebäuden einbringen.

Im Bereich des CO2-Zertifikatehandels wurden neben den Handelsaktivitäten im Bereich des verpflichtenden EU-Emissionshandels bereits neue Kunden im verpflichtenden nationalen Emissionshandelssystem (nEHS) gemäß Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) gewonnen. Der Anteil des Umsatzes für die öffentlichen Hand hat im Berichtsjahr ca. 30% betragen.

3.1 Ertragslage

Vorabhinweis: Die zum 1.6.2021 erstmals konsolidierte BRH Generalplaner GmbH steuerte einen Umsatz von 1,43 Mio. EUR bei. Zudem ergab sich eine um 259 TEUR höhere Abschreibung auf Firmenwerte.

3.1.1 Erläuterung Konzernerlöse

Der IGP Advantag-Konzern erwirtschaftet jeweils rund die Hälfte der Gesamtleistung mit Baudienstleistungen, vor allem im Rahmen von mehrjährigen Großprojekten, sowie mit dem Emissionshandel. Auf die baunahen Dienstleistungen entfielen Umsatzerlöse in Höhe von 14,72 Mio. EUR (Vorjahr: 31,11 Mio. EUR), entsprechend 30 % (82 %) der Konzern-Umsatzerlöse, die Gesamtleistung dieses Bereichs lag bei 31,01 Mio. EUR (32,36 Mio. EUR), entsprechend 47 % (83 %) der Konzern-Gesamtleistung.
Die Umsatzerlöse des Bereichs der ehemaligen Advantag AG, beliefen sich bei der Advantag Services AG auf 34,5 Mio. EUR (6,2 Mio.) und bei der Auximio AG auf 0,1 Mio. EUR (0,6).

3.1.2 Erläuterung Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Die COVID-19-Pandemie hatte die IGP Advantag AG indirekt stark beeinflusst. Zwar stieg die Konzerngesamtleistung dank stark gestiegener Umsätze im Emissionshandel und umfangreicher Aufträge für Projektentwicklungen, Sanierungen und Neubauten im Bereich Baudienstleistungen auf über 66 Mio. EUR, mehr als das Doppelte des Vorjahreswertes (Vj. 32,36 Mio. EUR). Da aber Mitarbeiter im Konzern, bei Geschäftspartnern und teilweise bei Behörden krankheitsbedingt oder wegen Quarantäneauflagen zeitweise nicht arbeiten konnten, wurden mehrere Baugenehmigungen noch nicht erteilt, die Abnahmen bei großen Projekten verzögerten sich teilweise erheblich zwischen mehreren Monaten und über ein Jahr. Dies betraf u.a. auch den Umbau des Hotels in der Schaperstrasse in Berlin-Wilmersdorf zu einer Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie den Gesundheitscampus Steinfurt.
Der IGP Advantag Konzern hat im Geschäftsjahr 2021 Gesamt-Umsatzerlöse in Höhe von 49,35 Mio. EUR (Vorjahr: 37,85 Mio. EUR), Bestandsveränderungen in Höhe von 15,31 Mio. EUR (0,50 Mio. EUR), sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 1,04 Mio. EUR (0,55 Mio. EUR) erwirtschaftet. Die Gesamtleistung lag damit bei 65,70 Mio. EUR (39,11 Mio. EUR). Der

Aufwand für Material und bezogene Leistungen betrug im Geschäftsjahr 2021 49,54 Mio. EUR (18,72 Mio. EUR). Der daraus resultierende Rohertrag lag mithin bei 16,20 Mio. EUR (20,39 Mio. EUR), die Rohertragsquote bei 25 % (52 %) der Gesamtleistung. Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (RHB) betrug im Geschäftsjahr 2021 34,18 Mio. EUR (6,00 Mio. EUR) , wobei es sich hierbei um den Einkauf von Emissionszertifikaten handelte. Der Aufwand für bezogene Leistungen betrug 15,36 Mio. EUR (12,72 Mio. EUR) und enthielt wie im Vorjahr überwiegend Posten für Dienstleistungen, die durch Nachunternehmer im Bereich Architektur und technischer Dienstleistungen erbracht wurden. Der Personalaufwand des IGP Advantag Konzerns betrug 9,09 Mio. EUR (9,92 Mio. EUR). Der Rückgang war insbesondere auf die Fertigstellung des Berliner Flughafens und weitere Personalkosteneinsparungen zurückzuführen. Auf die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfielen 6,19 Mio. EUR (5,23 Mio. EUR). Daraus resultiert ein EBITDA in Höhe von 0,89 Mio. EUR (5,24 Mio. EUR), dies entspricht 1,3 % (13,4 %) der Gesamtleistung.

Allerdings werden mit Baudienstleistungen deutlich höhere Umsatzmargen erwirtschaftet als im Handelsbereich. Die Ergebnisse sind stark beeinflusst vom Fortschritt einzelner Bauprojekte. Projekte für Dritte werden erst mit Abnahme bzw. Schlussrechnung umsatz- und ergebniswirksam.

Im Geschäftsjahr 2021 verzögerte sich die Abrechnung bei mehreren Großprojekten. Zudem waren bis zum Stichtag, der für die Bilanzerstellung relevant ist, das Baurecht bei mehreren Grundstücken sowie die Baugenehmigung bei mehreren Projekten noch nicht erteilt worden. Die Umsätze hieraus verschieben sich damit in Folgeperioden.

Bei Abschreibungen in Höhe von 2,62 Mio. EUR (2,37 Mio. EUR), davon 2,32 Mio. EUR (2,07 Mio. EUR) Abschreibungen auf den Firmenwert, ergibt sich ein EBIT von -1,74 Mio. EUR (2,88 Mio. EUR). Abzüglich des Finanzergebnisses in Höhe von -113 TEUR (22 TEUR) beträgt das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) im Geschäftsjahr 2021 -1,85 Mio. EUR (2,90 Mio. EUR). Der Steueraufwand schlägt mit 0,52 Mio. EUR (1,69 Mio. EUR) zu Buche und führt zu einem Konzern-Ergebnis nach Steuern von -2,37 Mio. EUR (1,26 Mio. EUR). Davon entfallen Verluste von 7,5 TEUR (Gewinne: 67,1 TEUR) auf Anteile Dritter.

3.2 Finanz- und Vermögenslage

Die Finanz- und Vermögenslage hat sich im Berichtsjahr wie nachstehend erörtert entwickelt.

3.2.1 Erläuterung Konzernbilanz

Die Bilanzsumme des IGP Advantag-Konzerns belief sich zum Ende des Geschäftsjahres 2021 auf 61,80 Mio. EUR (2020: 44,42 Mio. EUR). Die Bilanzverlängerung um 17, 38 Mio. EUR ergab sich vor allem aus der Erstkonsolidierung der BRH Generalplaner und dem höheren Bestand an laufenden, noch nicht abgerechneten Projekten.

3.2.2. Aktiva

Das Anlagevermögen beträgt 35,96 Mio. EUR (2020: 29,76 Mio. EUR) und wird dominiert vom Firmenwert, der über einen Zeitraum von 15 Jahren linear abgeschrieben wird. Der Firmenwert stieg im Berichtszeitraum u.a. durch die Konsolidierung der BRH Generalplaner GmbH um brutto 7,49 Mio. EUR. Das Umlaufvermögen beträgt 25,75 Mio. EUR (2020: 14,63 Mio.). Davon entfallen 13,17 Mio. EUR (2,74 Mio. EUR) auf Vorräte, deren Zunahme auf gestiegene unfertige Leistungen zurückzuführen ist, obwohl deutlich höhere Anzahlungen

dagegen gebucht wurden. Auf Forderungen entfallen 8,91 Mio. EUR (7,37 Mio. EUR). Der Anstieg ergab sich somit vor allem aus dem Anstieg der unfertigen Leistungen. Die liquiden Mittel belaufen sich auf 3,63 Mio. EUR (4,49 Mio. EUR).

3.2.3. Passiva

Die Rückstellungen belaufen sich auf 5,79 Mio. EUR (4,42 Mio. EUR), davon 0,09 Mio. EUR (2,39 Mio. EUR) Steuerrückstellungen und 5,71 Mio. EUR (2,03 Mio. EUR) sonstige Rückstellungen. In den sonstigen Rückstellungen wurden insbesondere ausstehende Rechnungen für gestiegene Fremdleistungen berücksichtigt sowie Urlaubsansprüche und Personalkosten, Risiken aus Schadensersatzleistungen sowie Kosten der Konzern- und Jahresabschlusserstellung und -Prüfung. Die gesamten Verbindlichkeiten des IGP Advantag Konzerns belaufen sich auf 24,53 Mio. EUR (6,16 Mio. EUR) und sind zum Großteil kurzfristiger Natur. Die größten Posten innerhalb der Verbindlichkeiten entfallen mit 9,55 Mio. EUR (0,08 Mio.) auf erhaltene Anzahlungen aus Bestellungen sowie mit 7,23 Mio. EUR (1,09 Mio. EUR) auf die sonstigen Verbindlichkeiten. Langfristige Finanzverbindlichkeiten (243 TEUR) bestehen, mit Ausnahme von zwei Anleihen in Höhe von jeweils TEUR 150,0 bei der Auximio AG, nicht.

3.3 Erläuterung Konzern-Kapitalflussrechnung

Aus laufender Geschäftstätigkeit wurde im Geschäftsjahr 2021 ein Cashflow von 154 TEUR erwirtschaftet (Vorjahr: 883 TEUR), der im Wesentlichen aus dem Jahresergebnis unter Berücksichtigung der hierin enthaltenen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen wie im Besonderen Abschreibungen bei gleichzeitiger Zunahme von Forderungen und Verbindlichkeiten resultiert. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt -3,99 Mio. EUR (-308 TEUR) und besteht aus Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände (159 TEUR), das Finanzanlagevermögen (872 TEUR) und den Erwerb von konsolidierten Unternehmen (2,92 Mio. EUR) sowie 47TEUR für Investitionen in das Sachanlagevermögen (Vorjahr: 90 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt im Berichtszeitraum 2,07 Mio. EUR (758 TEUR) und ergibt sich aus Aufnahme von Krediten von Gesellschaftern in Höhe von 2,00 Mio. EUR (Vorjahr: Durchführung einer Kapitalerhöhung mit Einzahlungen in Höhe von 575 TEUR auf das Grundkapital sowie 119 TEUR auf die Kapitalrücklage).

Die Finanzmittelfonds des Konzerns IGP Advantag AG betrugen zum 1. Januar 2021 4,48 Mio. EUR und sind zum 31. Dezember 2021 um 0,86 Mio. EUR auf 3,63 Mio. EUR gesunken. Zum Bilanzstichtag verfügte der Konzern über eine Kreditlinie von 500 TEUR, die nicht in Anspruch genommen war.

3.4 Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch den Vorstand

Der Vorstand der Gesellschaft sieht sich durch den Geschäftsverlauf trotz der Verzögerungen bei Bauprojekten, die sich vor allem im zweiten Halbjahr verstärkten, in der Unternehmensstrategie bestätigt.

3.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft überwacht den Geschäftsbetrieb durch das Monitoring bestimmter Kenngrößen und deren Entwicklung im Zeitverlauf sowie durch den Vergleich von Plan- mit

Ist-Werten. Die IGP Projekt GmbH, die IGP Ingenieur GmbH, die IGP Technik GmbH und die Metis Systems AG erstellen Planungen auf Grundlage folgender finanzieller Leistungsindikatoren.

- Umsatzerlöse
- Bestandsveränderungen (unfertige Projekte)
- Rohertrag
- Personalaufwand
- Sonstiger betrieblicher Aufwand
- EBITDA
- Liquidität

Die Umsatzerlöse werden auf Grundlage der erwarteten Fertigstellung bestehender und in Akquisition befindlicher Aufträge über Auftragseingangs- und Auftragsbestands-Aufzeichnungen geplant. In Bearbeitung befindliche Aufträge werden gemäß ihrem erwarteten Leistungsstand in den Bestandsveränderungen berücksichtigt. Der Rohertrag ergibt sich aus den mit der Umsatzplanung korrespondierenden Schätzungen des Materialaufwands und der Fremdleistungen für Dienstleistungen von Nachunternehmern. Die Planung der Umsatzerlöse und der Bestandveränderungen sowie der korrespondierenden direkten Kosten für Material und Fremdleistungen lassen sich für einen Zeitraum von bis zu 12 Monaten aufgrund der langen Projektlaufzeiten gut und verlässlich darstellen. Der Personalaufwand ist über die Personalplanung der Gesellschaften ebenfalls zuverlässig planbar. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten überwiegend regelmäßig und fortlaufend anfallende Posten wie Mieten, denen zumeist nicht kurzfristig kündbare Verträge zugrunde liegen und daher gut prognostizierbar sind. Als zentrale Kennzahl zur Beurteilung der Periodenerfolge dient das EBITDA. Die Liquiditätslage wird anhand der fortlaufenden Prüfung der Bankbestände und der offene Posten-Listen überwacht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren wurden bislang nicht unmittelbar zur Unternehmenssteuerung herangezogen, werden aber zukünftig eine zunehmende Bedeutung für die IGP Advantag-Gruppe erhalten.

- Klimaschutz im Gebäudesektor – ökologische Nachhaltigkeit von Gebäuden
  Vor dem Hintergrund der politisch angestrebten CO2-Reduktion im Gebäudesektor und der hierfür anstehenden Ausweitung der CO2-Bepreisung sowie des Emissionshandels auf Gebäude dürfte dieser Aspekt zukünftig auch monetär eine immer wichtigere Rolle für Immobilienbesitzer spielen. Mit der bisher schon gezeigten Expertise im energieeffizienten Bauen, die weiter betont und ausgebaut werden soll, sowie den eigenen Aktivitäten im Handel mit Emissionszertifikaten, sieht sich IGP auf diesem Gebiet in einer führenden Position.
- Mitarbeiterzufriedenheit/ -bindung, Qualifikation
- Reputation des Unternehmens – große Referenzliste begünstigt Erhalt neuer, komplexer Aufträge
- Intensivierung der Kapitalmarktpräsenz könnte das anorganische Wachstum erleichtern. Bekanntheit und Vertrauen am Kapitalmarkt müssen noch aufgebaut werden. Um die Finanzierung der geplanten Expansion vor allem im Bereich der eigenen Projektentwicklungen, aber auch im Kerngeschäft, dessen regionales und vor allem internationales Wachstum durch Zukäufe beschleunigt werden könnte, zu erleichtern, will IGP die eigene Kapitalmarktpräsenz deutlich verbessern. Im Hinblick auf die Finanzierung der eigenen Projektentwicklungen könnte die Emission von Anleihen in Frage kommen, während das anorganische Wachstum durch den Einsatz der eigenen Aktie als Akquisitionswährung erleichtert werden könnte. Dazu muss aber

die Attraktivität der Aktie weiter erhöht werden. Dies erfordert neben starken Fundamentaldaten und guten Geschäftsperspektiven auch eine regelmäßige und transparente Kommunikation mit dem Kapitalmarkt. Demselben Ziel dient die angestrebte Erhöhung des Streubesitzes, um die Liquidität im Aktienhandel zu erhöhen.

4 Chancen- und Risikobericht

4.1 Chancenbericht

Die IGP Advantag-Konzerngesellschaften ist in ihrem Kerngeschäft als integrierter Infrastrukturdienstleister seit über 20 Jahren am Markt präsent. Das Leistungsspektrum erstreckt sich von der Generalplanung über die Projektsteuerung, die Durchführung und die Bauleitung bis zur Objekt- und Qualitätsüberwachung. Darüber hinaus agiert die IGP Advantag auch als Projektentwickler insbesondere in den Bereichen Gesundheitsimmobilien und Bildung, die grundsätzlich als Green Buildings konzipiert werden. Bei der Lösung von planungs- und baurechtlich anspruchsvollen Fällen verfügt die Gesellschaft über besondere Stärken, die z. B. durch den greenovation campus Berlin untermauert werden. Mit ihrer selbstentwickelten BIM Software [überbau] beansprucht die IGP Advantag zudem eine Führungsrolle bei der Digitalisierung der Bauwirtschaft.

Mit dem Handel von Emissionszertifikaten betont die IGP Advantag ihr Engagement für Nachhaltigkeit und nutzt diese Expertise für die Ableitung von Strategien über alle Geschäftsfelder hinweg.

Aus ihrem ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz und dem gezielten Fokus auf Wachstumsfelder innerhalb des AEC-Marktes, ergibt sich eine Vielzahl von Wachstumschancen für die IGP Advantag-Gruppe.

Projektsteuerung

Die IGP Ingenieur GmbH wird sich auf die Projektsteuerung und die späteren Leistungsphasen der HOAI 6-9 spezialisieren und insbesondere die Objektüberwachung anbieten. Da es bei großen Projekten immer mehr darauf ankommt, innerhalb des vorgegebenen Kosten- und Zeitrahmens fertig zu werden, wird dieses Produkt verstärkt nachgefragt.

Das Immobilienberatungsunternehmen Savills weist in einer Research-Ausarbeitung auf einen bisher selten akzentuierten, aber wichtigen Aspekt hin. Sollte eine weitgefasste CO2-Abgabe eingeführt werden, die auch die beim Bau anfallenden Emissionen (graue Energie) berücksichtigt, ergäbe sich ein Kostenvorteil für Bestandsimmobilien. Besonders die energetisch schlechtesten Bestandsbauten wiesen dann ein günstiges Verhältnis von Sanierungskosten zu CO2-Einsparungen aus. Die Sanierung von Bestandsbauten wäre damit oft nachhaltiger als der Abriss und die Errichtung eines Neubaus.[19] Auf diese Nachfrage sieht sich der IGP Advantag-Konzern mit seinem Geschäftsmodell und seiner langjährigen Erfahrung gut vorbereitet.

[19] https://www.savills.de/research_articles/260049/322060-0

Green Buildings
Neben einem grundsätzlich gestiegenen Umweltbewusstsein wird der Trend zu Green Buildings auch durch die neuen Verordnungen der EU in den Bereichen Taxonomie und Offenlegung getrieben. Durch MIFID II fokussieren sich institutionelle Immobilieninvestoren zunehmend auf nachhaltige Gebäude, um ihre Fonds auch in der Anlageberatung als nachhaltig bezeichnen zu dürfen. ESG-Fonds in Europa nehmen nach Anzahl und Anlagevolumen stark zu.[20]

Vor diesem Hintergrund treffen die besonderen Kompetenzen des IGP Advantag-Konzerns im Bereich des nachhaltigen Bauens auf eine steigende Nachfrage auf Seiten der Investoren. Noch dominieren Green Buildings vor allem in der Assetklasse Büroimmobilien[21]. Die Gesellschaft geht jedoch davon aus, dass sich dieser Trend auf alle Assetklassen ausbreiten wird. So bestehen besonders bei Gesundheitsimmobilien erhebliche Einsparpotenziale bei der Errichtung und im Betrieb.

Die Nachfrage nach Gesundheitsimmobilien übersteigt deutlich das Angebot. Der demografische Wandel und der damit einhergehende Bedarf an modernen Betreuungs- und Wohnkonzepten wird die Nachfrage weiter verstärken. Daher kann davon ausgegangen werden, dass das Interesse von Investoren und Nutzern noch lange anhalten wird.

Dies gilt ebenfalls für Seniorenimmobilien, die bei Investoren aufgrund ihrer relativen Konjunkturunabhängigkeit und ihres defensiven Charakters beliebt sind. Zunehmend drängen nun institutionelle Anleger in dieses Segment. Insbesondere moderne Seniorenimmobilien, die keinen politischen Regulierungsrisiken unterliegen, und vollausgelastete Pflegeheime, die sich auf Patienten mit hohen Pflegegraden konzentrieren, stehen hierbei im Fokus.
Entsprechend werden unter anderem sowohl der Health & Care Campus in Steinfurt als auch der Greenovation Campus in Berlin als Green Buildings errichtet. Sämtliche eigenen Immobilienprojekte der IGP Advantag Gruppe sollen mindestens den Zertifizierungsstandard Gold der DGNB (Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen DGNB e.V.) erreichen.
Die strategische Ausrichtung der IGP Advantag auf Gesundheits- und Bildungsimmobilien wie dem Health & Care Campus Steinfurt sowie auf integrierte Büro- und Wohnkonzepte wie den Greenovation Campus Berlin bedient besonders chancenreiche Märkte innerhalb der Immobilienwirtschaft. Die zunehmend steigende Nachfrage nach zertifizierten Green Buildings vergrößert dieses Potenzial zusätzlich.

[überbau]

Mit der seit 2012 selbstentwickelten Software [überbau] eröffnen sich für die IGP Advantag Gruppe herausragende Chancen, nicht zuletzt, weil die Bundesregierung derzeit an einem Gesetzentwurf arbeitet, welcher die Digitalisierung von Bauprozessen mittels BIM-Software in Zukunft verpflichtend einführen soll. [überbau] digitalisiert sämtliche Prozesse, Aufgaben und Tätigkeiten aller am Bau beteiligten Firmen und ermöglicht damit, Effizienz und Produktivität in der Zusammenarbeit weiter zu stärken. Die Software wurde direkt aus konkreten

[20] https://www.fundresearch.de/studie/studie-rasantes-wachstum-von-esg-fonds-setzt-sich-fort.php
[21] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/investmentmarkt/deutschland-market-focus

Anforderungen der Praxis konzipiert und auf die realen Prozesse im Bauablauf abgestimmt. Durch die umfassenden Funktionalitäten ist die Software in der Lage, den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie für alle Beteiligten umfassend abzudecken. Damit bietet [überbau] seinen Anwendern einen Weg, ihr Geschäftsmodell schnell und effizient zu digitalisieren. Ihre Effektivität hat die Software in mehreren Projekten der IGP Advantag Gruppe unter Beweis gestellt. Unter anderem war [überbau] ein Schlüsselelement bei der strukturierten Erfassung und Behebung einer Vielzahl von Mängeln am Berliner Flughafen BER. Mit der SaaS Lösung [überbau] verfügt das international skalierbare Geschäft über ein margenträchtiges Umsatzpotenzial und soll für einen wachsenden Anteil an wiederkehrenden Erlösen für die Gruppe sorgen.

Emissionshandel

Im Jahr 2021 hat die Bepreisung von CO2-Emissionen für die Sektoren Verkehr und Immobilien begonnen. Damit wurden rund 4.000[22] weitere Inverkehrbringer von fossilen Brennstoffen verpflichtet, Zertifikate einzukaufen. Zugleich startete der nationale Emissionshandel. Nachdem die Zertifikate noch zu Festpreisen gehandelt werden, gilt ab dem Jahr 2027, dass die Preise für Emissionsrechte frei über Auktionen ermittelt werden. Die EU plant eine Erweiterung des EU-Emissionshandels für Verkehr und Gebäude für alle Mitgliedsstaaten.

Die Advantag Services GmbH wurde im Geschäftsjahr 2021 als Intermediär für das nationale Emissionshandelssystem nEHS an der EEX (European Energy Exchange) zugelassen. Damit stellt die Advantag Services die Versorgung mit nationalen Emissionszertifikaten (nEZ) für emissionshandelspflichtige Unternehmen sicher, indem sie eine indirekte Teilnahme am nEZ-Verkauf ermöglicht.

Durch die neue Zulassung als Intermediär für den nEHS und darüber hinaus als Mitglied der Singapure AirCarbon Exchange, an der CO2-Zertifikate für die Luftfahrtindustrie (CORSIA-Mechanismus) gehandelt werden, erweiterte die Advantag Services ihr Serviceangebot um zwei aussichtsreiche Marksegmente und ist zuversichtlich, neue Kundengruppen zu gewinnen.

4.2 Risikomanagement

Einen wichtigen Bestandteil der Unternehmensführung stellt das Risikomanagement dar, um Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder negativ beeinträchtigen könnten, frühzeitig erkennen und bewerten zu können. Durch eine systematische Risikoidentifikation und -bewertung können schnell geeignete Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Begrenzung von Risiken ergriffen werden.

Das Chancen- und Risikomanagement stellt einen wichtigen Bestandteil der Unternehmensführung dar, um insbesondere den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür wurden verschiedene Instrumente geschaffen, um rechtzeitig eingreifen zu können. Projektrisiken werden über unser

[22] https://dserver.bundestag.de/btd/19/147/1914746.pdf , z.B. Seite 30 am Ende des ersten Absatzes

Controllingtool transparent gemacht, das die monatlichen Umsätze den Aufwendungen (Personalkosten, Materialaufwand und Allgemeine Kosten) gegenübergestellt. Da die Zahlen aus der firmeneigenen Software überbau, in der alle Rechnungsein- und -ausgänge taggenau erfasst werden, automatisch gezogen werden, können die Ergebnisse der einzelnen Projekte tagesscharf kontrolliert werden. In der Praxis finden monatlich Controllinggespräche mit den Projektleitern statt, die Chancen und Risiken werden bewertet. Dies reicht vom Projekt bis hin zur Qualität des Kunden. Durch dieses zeitnahe Monitoring können Gegenmaßnahmen auch schnell initiiert werden, sodass das Risiko ggf. aufgelöst werden kann.

Für spezifische Geschäftsrisiken greift die Gesellschaft auf Versicherungen zurück. Hierzu zählen insbesondere Haftpflichtversicherungen für Planungs- oder Ausführungsfehler.

Die IGP Advantag-Gruppe ist vor allem im deutschen Immobiliensektor tätig. Vor dem Hintergrund des diversifizierten Dienstleistungsportfolios ergibt sich eine Vielzahl von Chancen und Risiken.

Die kurz- und mittelfristige Prüfung der nachfolgend dargestellten Risiken erfolgt auf Konzernebene über betriebswirtschaftliche Auswertungen auf Monatsbasis aller relevanten Konzerngesellschaften, quartalsweiser Soll-Ist-Vergleiche und Liquiditätsplanungen. Hierbei stehen die Kennzahlen Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Rohertrag, Personalaufwand und EBITDA sowie die Liquidität im Vordergrund. Die Vorstände bzw. Geschäftsführer der Tochtergesellschaften berichten bei Abweichungen zu den Planungen und/oder außergewöhnlichen Geschäftsvorfällen direkt dem Vorstand der IGP Advantag AG.

Finanzielle Ausfallrisiken begrenzt der Konzern mit Bonitätsprüfungen von potenziellen Kunden und Geschäftspartnern. Im Rahmen von Immobilienprojekten greift der Konzern bevorzugt auf die Zusammenarbeit mit langjährigen Partnerunternehmen zurück.

Die im CO2-Emissionshandel tätige Tochtergesellschaft Advantag Services GmbH führt eine umfangreiche Prüfung aller Kunden durch, um die Identifizierung der wirtschaftlich Berechtigten gemäß Abgabenordnung und Geldwäschegesetz sicherzustellen (KYC: Know-Your-Customer). Zudem werden keine ungedeckten Positionen im Emissionshandel gehalten. Kaufpositionen werden ausschließlich gegen Vorkasse ausgeführt, bei Verkaufspositionen ist die vorherige Lieferung der Emissionszertifikate obligatorisch.

4.3 Darstellung der einzelnen Risiken

4.3.1 Gesamtwirtschaftliche Risiken

Die für die IGP Advantag Gruppe relevante wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands unterliegt nicht unerheblichen Risiken. Zuerst waren vor allem pandemiebedingte Einschränkungen, länger anhaltende Liefer- und Kapazitätsengpässe und die damit verbundenen Preisanstiege für Rohstoffe und Energie maßgebliche Einflussfaktoren für die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Februar 2022 kam durch den Ausbruch des Krieges in der Ukraine mit seinen globalen Auswirkungen ein bedeutendes Risiko hinzu. In dessen Folge sind die internationalen Kapitalmärkte stark verunsichert und die Kurse an den Börsen haben deutlich nachgegeben. Inwieweit sich die Ukraine-Krise auf die Gesamtwirtschaft im Allgemeinen und auf die Investitionsneigung von Immobilieninvestoren im Speziellen auswirken könnte, lässt sich aktuell kaum vorhersagen. Die betroffenen osteuropäischen Regionen sind darüber hinaus bedeutende Lieferanten für Öl, Gas und Kohle

sowie für weitere Rohstoffe, u.a. Metalle, die für die Herstellung von Baumaterialien oft als Vor- oder Zwischenprodukte wichtig sind.

Der ohnehin vorhandene Fachkräftemangel im Logistikbereich könnte bei einer länger anhaltenden Krise zudem weitere negative Auswirkungen auf die Lieferketten mit sich bringen.[23]

4.3.2 Marktrisiken

4.3.2.1 Abhängigkeit von der Marktentwicklung

Die IGP Advantag-Gruppe fokussiert sich im deutschen Immobiliensektor aktuell auf zwei regionale Schwerpunkte: die Metropolregionen Berlin und Rhein-Ruhr. Somit ist die IGP Advantag-Gruppe überwiegend von der nationalen und auch von der regionalen Immobilien-Marktentwicklung abhängig.

Bei den Aufträgen im Gewerbeimmobilienbereich handelt es sich um konjunkturunabhängige und aufgrund bestehender Investitionsrückstände bzw. der demographischen Entwicklung stark nachgefragte Gesundheits- bzw. Bildungsimmobilien wie den Health & Care Campus in Steinfurt und um kombinierte Büroprojekte mit Wohnanteilen wie dem greenovation campus in Berlin, bei denen die ökologische Nachhaltigkeit im Vordergrund steht. Die Immobilienprojekte der IGP Advantag sind durch mehrjährige Laufzeiten gekennzeichnet, die gegenüber kurzfristigen Marktschwankungen auch aufgrund der Auftraggeberstruktur unempfindlich sind (hoher Anteil von Aufträgen durch die öffentliche Hand).
Die Marktentwicklung im Immobilienbereich könnte durch die Ukraine-Krise beeinträchtigt werden, sofern sie die Investitionsneigung von Immobilieninvestoren in Deutschland negativ beeinflussen würde. Ebenso könnten die gestiegenen Zinsen zu einem Nachfragerückgang bei Bauprojekten führen. Der IGP Advantag-Konzern sieht allerdings angesichts des Nachfragestaus durch die in den Vorjahren unterlassenen Investitionen der öffentlichen Hand (z.B. bei Schulen) und die demografisch getriebene Nachfrage nach Gesundheitsimmobilien hieraus kein wesentliches Risiko.
Die Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes unterliegt bei der IGP Advantag-Gruppe einem kontinuierlichen Monitoring. Aktuell sieht die Gruppe für das Geschäftsjahr 2022 keine negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Der Emissionshandel ist überwiegend durch die nationale und EU-Gesetzgebung getrieben. Durch die COVID-19-Pandemie musste die IGP Advantag im Jahr 2020 starke Einbußen im Handel mit Emissionszertifikaten hinnehmen. Im Geschäftsjahr 2021 hingegen hat sich dieses Geschäft vollkommen erholt. Im Bereich des EU-Emissionshandels geht die Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Prognosen von weiterhin steigenden Preisen und einer stabilen Nachfragelage aus.

[23] Vgl. https://logistik-heute.de/news/ukraine-krieg-transportunternehmen-weisen-auf-vereinzelte-lieferausfaelle-hin-36149.html

4.3.2.2 Abhängigkeit von regulatorischen Risiken

Die Geschäftstätigkeit der IGP Advantag-Gruppe ist in erheblichem Maße von den in Deutschland geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für Immobilien und die Bauwirtschaft abhängig. Darüber hinaus unterliegt der Handel mit CO2-Zertifikaten einer starken politischen Einflussnahme sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Die Hauptgeschäftstätigkeit als integrierter Infrastrukturdienstleister in der AEC-Industrie kann insbesondere durch wesentliche Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Umwelt-, Miet-, Bau- und Steuerrecht beeinflusst werden.
Die besonderen Kompetenzen in den Bereichen Green Building und Klimaschutz führen dazu, dass Änderungen im Umweltrecht von der IGP Advantag-Gruppe nicht als Risiko, sondern oft als Chance angesehen werden.

Änderungen der nationalen und der europäischen Gesetzgebung im Bereich des CO2-Emissionshandels könnten erheblich negativen Einfluss auf die Ertragslage der Tochtergesellschaft Advantag Services GmbH entfalten und die Profitabilität dieser Aktivitäten gefährden. Aufgrund der zuletzt in Kraft getretenen Reformen des EU-Emissionshandels, der Ausdehnung der Geschäftstätigkeit auf den nationalen Emissionshandel sowie der Teilnahme an der Singapur AirCarbon Exchange mit entsprechend positiven Einflüssen auf die Geschäftsstätigkeit erachtet der Vorstand diese Risiken aktuell als gering.

Wesentliche Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Umweltrecht ergaben sich in den vergangenen Jahren. So wurden unter anderem das Energiekonzept der Bundesregierung in Bezug auf die energetische Sanierung von Wohnungen in Deutschland nach dem sogenannten Nullemission-Standard oder die sonstigen Vorgaben der Energieeinsparverordnung 2009 und anderer umweltrechtlicher Bestimmungen im Rahmen des sogenannten Energieausweises umgesetzt. Am 1. November 2020 ist das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in Kraft getreten, das Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden, die Erstellung und die Verwendung von Energieausweisen sowie an den Einsatz erneuerbarer Energien in Gebäuden enthält.

Dadurch verschlechterten sich die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Immobilieninvestitionen in Deutschland in der Vergangenheit vielfach. Die Änderungen zuvor genannter Regelungen können sich negativ auf die Auftrags- und Ertragslage der IGP Advantag AG auswirken.

4.3.3 Unternehmensbezogene und operative Risiken

4.3.3.1 Abhängigkeit von wesentlichen Geschäftsbereichen

Die Geschäftsentwicklung der IGP Advantag-Gruppe kann von einzelnen Aufträgen für Baudienstleistungen und sowie Änderungen in deren zeitlichem Ablauf stark beeinflusst werden. Es besteht daher das Risiko einer höheren Volatilität der Erträge als in den Vorjahren. Eine hohe Planungssicherheit ergibt sich aus der Kundenstruktur der IGP Advantag-Gruppe. Eine Vielzahl an Aufträgen wird über öffentliche Haushalte erteilt. Bauträger stellen nach gründlicher Risikoabwägung keine Zielgruppe des Konzerns dar. Die durchschnittliche

Projektdauer nach Auftragsvergabe beträgt ein bis drei Jahre und bietet damit eine hohe Planungssicherheit.

Die Verlängerung der Wertschöpfungskette durch den Fokus auf vorgelagerte Leistungsphasen bei Dienstleistungen sowie die Entwicklung eigener Bauprojekte, nebst der Vermarktung der eigenen Softwarelösung [überbau] in Deutschland und Europa, bieten die Chance, weitere Ertrags- und Ergebnispotenziale zu heben. Darüber hinaus verfolgt die IGP Advantag-Gruppe das Ziel anorganischen Wachstums durch Übernahmen und Minderheitsbeteiligungen in Deutschland, um das eigene Leistungsspektrum über weitere Spezialbereiche zu erweitern.

Der Emissionshandel ist gekennzeichnet durch eine breite und diversifizierte Kundenbasis. Das Geschäft ist vom politischen Willen getrieben, den Ausstoß von Treibhausgasen durch den verpflichtenden Erwerb von Emissionsrechten zu verringern. Dabei handelt es sich um ein maßgebliches umweltpolitisches Projekt nicht nur auf nationaler und europäischer Ebene, sondern auch weltweit. Transaktionen wickelt Advantag grundsätzlich nur gegen Vorkasse ab.

Durch die angestrebte Verbreiterung der Erlösquellen auf mehrere Spezialfelder und ihren ganzheitlichen Ansatz sieht die IGP Advantag-Gruppe kein nachhaltiges Risiko aus aktuell laufenden Großprojekten. Allerdings könnten in der zweiten Jahreshälfte 2022 bei wieder steigenden Infektionszahlen pandemiebedingt Personalengpässe und Störungen entlang der Lieferketten dazu führen, dass sich wiederum Erträge in Folgejahre verschieben. Offen bleibt der Einfluss von Preisänderungen bei Bauleistungen, da die Preise mehrerer Rohstoffe und Vorprodukte an den internationalen Rohstoffmärkten bereits wieder gesunken sind.[24]

4.3.3.2 Risiken aus neuen Geschäftsfeldern

Die IGP Advantag-Gruppe erbringt Dienstleistungen im Rahmen von Projektentwicklungen für Dritte und entwickelt in Zukunft eigene Projekte zur Verlängerung der Wertschöpfungskette. Das eigene Projektentwicklungsgeschäft birgt Risiken im Hinblick auf die Finanzierung, Probleme beim Verkauf, Verzögerungen bei der Entwicklung und Fertigstellung, der Kostenüberschreitung oder auch bei der Veränderung der wirtschaftlichen Rahmendaten im Bauzyklus.

Bedeutend ist daher für eigene erfolgreiche Projektentwicklungen die konsequente Risikominimierung durch die Entwicklung eines marktgängigen Konzeptes und die frühzeitige und systematische Herstellung der Planungs-, Vermarktungs- und Kostensicherheit. Zudem ist es wichtig, den regionalen Markt und seine Gegebenheiten bestens zu kennen.

Aus diesem Grund konzentriert sich die IGP Advantag-Gruppe bei eigenen Projektentwicklungen bisher auf die Regionen Rhein-Ruhr und Berlin. Vor dem Erwerb eines Grundstücks wird eine detaillierte Markt- und Standortanalyse vorgenommen. Eine kontinuierliche Abstimmung mit Kommunen, Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit erfolgt bereits in frühen Projektphasen, um Genehmigungsrisiken zu minimieren. Um das Finanzierungsrisiko und den Anteil von Bankenfinanzierungen zu reduzieren, werden verschiedene Optionen geprüft wie beispielsweise die Begebung von Anleihen oder die

[24] https://www.vbw-bayern.de/vbw/Themen-und-Services/Rohstoffe-Ressourcen/vbw-Rohstoffpreisindex.jsp

Einbeziehung von Partnerunternehmen in Projekte. Ein wichtiger Bestandteil der Risikoreduktion ist zudem der Verkauf von erworbenen Grundstücken zeitnah bereits nach Schaffung des Baurechts. Hinsichtlich des Verkaufs im Verlauf der Projektphasen pflegt die IGP Advantag-Gruppe fortlaufend Kontakte zu verschiedenen potentiellen Investoren.

Bei der Realisierung der Projekte setzt die IGP Advantag-Gruppe auf die Zusammenarbeit mit langjährigen Partnern, mit denen bereits in der Vergangenheit erfolgreich Projekte realisiert wurden.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Grundstücke, die bereits im Eigentum der IGP Advantag-Gruppe stehen oder noch erworben werden, mit Altlasten belastet sind, z.B. Bodenverunreinigungen mit Chemikalien, Mineralölen oder Metallen sowie mit Munitionsresten aus dem 2. Weltkrieg. Werden diese Kontaminationen erst im Verlauf des Projekts festgestellt, kann ihre Beseitigung zu erhöhten Kosten und sogar zu einem Scheitern des Projekts führen. Auch nach erfolgtem Verkauf des Grundstücks besteht das Risiko, dass Erwerber Schadensersatz- oder sonstige Gewährleistungsansprüche gegen die IGP Advantag-Gruppe geltend machen.

4.3.3.3 Personalrisiken

Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft sowie die zweite Führungsebene der IGP Advantag-Gruppe (das sind die Geschäftsführer bzw. Vorstände der Tochtergesellschaften sowie Abteilungs- oder Projektleiter mit Führungsaufgaben) verfügen über große Branchenerfahrung und eine lange Betriebszugehörigkeit. Durch Personalabgänge in Schlüsselpositionen könnten besondere Kompetenzen und wichtige Kontakte verloren gehen, die nicht kurzfristig abgefangen werden können. Die adäquate und schnelle Nachbesetzung von Schlüsselpositionen kann nicht sicher gewährleistet werden.

Aktuell sieht die IGP Advantag-Gruppe kein hohes Risiko mit möglichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Die langfristige Bindung von Mitarbeitern und Führungskräften hat eine sehr hohe Bedeutung innerhalb der IGP Advantag Gruppe. Die Betriebszugehörigkeit von teilweise mehr als 20 Jahren belegt die Attraktivität der IGP Advantag-Gruppe als Arbeitgeber und die hohe Zufriedenheit des Personals. Gute Fachleute sind sehr schwierig auf dem Markt zu bekommen. Dennoch hat die IGP bisher keine großen Probleme die Baustellen adäquat zu besetzen. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Unternehmenszukäufe. Hier spielen nicht nur neue Märkte und Projekte eine Rolle, sondern auch Mitarbeiter und Mitarbeiterteams, die über die Unternehmensgrenzen hinweg einsetzbar sind. Im Bedarfsfall kann die Gruppe zudem jederzeit auf rund 200 Fachkräfte aus mehreren Partnerunternehmen zurückgreifen, zu denen langjährige Beziehungen unterhalten werden.

4.3.3.4 Finanzierungs- und Zinsrisiken

Für die geplante Expansion der Geschäftstätigkeit und die Verlängerung der Wertschöpfungskette benötigt die IGP Advantag Gruppe geeignete Finanzierungen bzw. ausreichend liquide Mittel. Es besteht das Risiko, dass Wachstumsziele aufgrund fehlender Finanzierung nicht erreicht werden können. Die Aufnahme von Fremdkapital birgt das Risiko erhöhter Zinslast, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits gestiegenen Kapitalmarktzinsen sowie der erwarteten Erhöhung des Zinsniveaus durch die Europäische

Zentralbank. Konzerngesellschaften haben daher begonnen, Zinssicherungsgeschäfte abzuschließen, die im Geschäftsjahr 2022 greifen.

Das im Kerngeschäft angestrebte Wachstum könnte national und international anorganisch durch Zukäufe beschleunigt werden. Zudem wird eine Expansion über eigene Projektentwicklungen angestrebt. Hierbei plant die Gesellschaft, neben klassischen Bankenfinanzierungen, ihre noch auszubauende Kapitalmarktpräsenz zur Finanzierung des Wachstums zu nutzen. So wird geprüft, künftig eigene Projektentwicklungen auch über Anleihen zu finanzieren, während anorganisches Wachstum auch über Eigenkapitalmaßnahmen gegen Bar- und Sacheinlage realisiert werden könnte. Um dies zu ermöglichen, plant die IGP Advantag-Gruppe verschiedene Maßnahmen, die zu einer stärkeren Präsenz in den Medien und auf geeigneten Kapitalmarktkonferenzen führen.

Derzeit besteht kein Risiko im Hinblick auf einen Liquiditätsengpass. Zum Bilanzstichtag verfügte der IGP Advantag-Konzern über eine Liquiditätsposition von 3,63 Mio. EUR. Da zum Bilanzstichtag mit Ausnahme von 0,3 Mio. Anleihen keine Finanzschulden bestanden, entspricht dies einer Nettoliquidität von 3,33 Mio. EUR.

4.3.3.5 Fehlende Bonität, Insolvenz oder Kündigung von Vertragspartnern

Die IGP Advantag AG bedient eine Vielzahl von Kunden aus unterschiedlichen Branchen und Märkten. Ein signifikanter Anteil der Erlöse wird mit öffentlichen Auftraggebern erwirtschaftet. Daher schätzt die Gesellschaft das Risiko eines Liquiditätsengpasses aufgrund von Adressausfallrisiken im Forderungsbestand oder in zukünftigen Forderungen als beherrschbar ein.

4.3.3.6 Risiken im Zusammenhang mit der geplanten Expansion des Geschäfts, vor allem im Ausland

Das angestrebte anorganische Wachstum über Übernahmen und Minderheitsbeteiligungen, vor allem im Rahmen der geplanten Internationalisierung des Geschäfts, birgt Fehleinschätzungs-, Preis- und Integrationsrisiken.

Risiken können sich bei einer fehlerhaften Einschätzung der Werthaltigkeit von Beteiligungen ergeben. Zudem besteht die Gefahr, dass ihre wirtschaftliche Entwicklung hinter den Erwartungen zurückbleibt. Daher besteht das Risiko, dass eingegangene Beteiligungen zu potenziellen Verlusten führen können, z.B. durch außerplanmäßige Abschreibungen.

Die Integration neuer Tochtergesellschaften in die IGP Advantag-Konzernstruktur kann aufgrund eventueller Inkompatibilität der eingesetzten Technologien/ Software/ technischen Ausstattung oder auch unterschiedlicher Führungskulturen und Unternehmensstrukturen zu Schwierigkeiten führen. Neben einem erheblichen Zeitaufwand könnte die Integration zudem hohe Kosten verursachen.

Um diese Risiken weitestgehend einzuschränken, werden potenzielle Beteiligungen nicht nur einer juristischen und wirtschaftlichen Prüfung unterzogen. Auch weiche Faktoren wie Führungs- und Unternehmenskultur, System-Kompatibilitäten und nicht finanzielle Integrationshemmnisse werden bei der Auswahl und Bewertung berücksichtigt.

4.3.4 Sonstige Risiken

Über die zuvor beschriebenen Risiken hinaus bestehen nicht vorhersehbare und unkontrollierbare Einflüsse auf den Geschäftsverlauf, deren Eintritt geeignet sein könnte, die Entwicklung des IGP Advantag-Konzerns negativ zu beeinflussen. Hierzu zählen u.a. Naturkatastrophen, Epidemien, Pandemien, Kriege und Terroranschläge.

4.4 Gesamtbetrachtung der Risiken

Die IGP Advantag-Gruppe verfolgt ein starkes Wachstum über den Ausbau der angestammten Geschäftstätigkeit, die Verlängerung der Wertschöpfungskette durch eigene Projektentwicklungen sowie den Aufbau neuer Geschäftsfelder auch durch Zukäufe.

Für dieses Ziel sind ausreichende Eigen- und Fremdmittel zu günstigen Finanzierungskonditionen von zentraler Bedeutung. Dies sind die für die Gruppe aktuell wichtigsten Risikobereiche. Zum Bilanzstichtag bestanden keine existenzbedrohenden Risiken, die entweder einzeln oder in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

5 Prognosebericht

5.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung[25]

Sämtliche zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes vorliegenden Prognosen konnten nur zu einem geringen Teil die sich täglich ändernden Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine erfassen.

Im April reduzierte der Internationale Währungsfonds (IWF) seinen Ausblick zur wirtschaftlichen Entwicklung. Weltweit wird 2022 nun nur noch ein Wachstum von 3,6% erwartet, Anfang Januar hatte die Schätzung noch bei 4,4% gelegen.

Neben dem Krieg in der Ukraine, weiteren Lieferengpässen und Preissteigerungen belasten auch die wieder verschärften Produktionsbeschränkungen, die die chinesische Regierung für mehrere wirtschaftlich bedeutende Regionen des Landes erlassen hat, die weltweiten Lieferketten. Diese Rahmenbedingungen schränken auch die Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Volkswirtschaften stark ein. Hier rechnet der IWF nur noch mit einem Wachstum um 2,8%, 1,1 Prozentpunkte weniger, als im Januar erwartet worden waren.

Deutsche Unternehmen und Haushalte bezogen bisher neben Öl, Gas und Kohle, auch viele Rohstoffe und Vorprodukte wie Dünger oder Metalle aus Russland. Kritisch ist vor allem die hohe Abhängigkeit bei einzelnen Zwischen- und Schlüsselprodukten (z.B. Holz, Eisen, Nickel). Die nun begonnene Suche nach alternativen Bezugsquellen wird einige Zeit in Anspruch nehmen, führt aber bereits jetzt zu deutlichen Preisaufschlägen. Zusätzlich belastet die abnehmende wirtschaftliche Dynamik in China, ein bisher für viele deutsche Unternehmen bedeutender Absatzmarkt. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit einer geringeren Wirtschaftsleistung und einer höheren Inflation.

[25] Vgl. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=18

Ende März reduzierte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (SVR) seine Prognosen. Für Deutschland wird nun für das Jahr 2022 nur noch eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 % erwartet (bisher: 4,6%). Dabei sollte allerdings berücksichtigt werden, dass das BIP im Jahr 2021 nur um 2,9% gewachsen und 2020 Corona-bedingt um 4,6% geschrumpft war.[26]

Auch die fünf Forschungsinstitute, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz gemeinsam ein Gutachten veröffentlichen, haben ihre Schätzungen reduziert. Nachdem sie im Januar noch mit einer Zunahme um 4,8 % gerechnet hatten, schien ihnen nun nur noch ein Plus von 2,7% erzielbar.

Positiv bleibt der Ausblick für den Arbeitsmarkt, die Institute erwarten einen Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte auf 5,0 %. Die Verbraucherpreise dürften um 6,1% steigen, getrieben vor allem, aber nicht nur, von den Energiepreisen. Zuletzt hatte das Statistische Bundesamt für 1981 mit 6,3% einen höheren Wert für das frühere Bundesgebiet ausgewiesen. Für das Bruttoinlandsprodukt insgesamt gehen die Institute von einem Preisanstieg um durchschnittlich 3 % aus.[27]

Zur Jahresmitte allerdings trübten sich die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven weltweit stark ein. Der rasante Anstieg der Öl- und Gaspreise weckte in den großen Volkwirtschaften Erinnerungen an die Siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts und schürte die Sorgen vor einer Rezession im laufenden Jahr mit anschließend mehrjähriger Stagflation. An den Börsen gerieten die Kurse vieler Aktien deutlich unter Druck, eine Ausnahme bildeten u.a. einige Energie- und Rohstoffwerte.

5.2 Branchensituation[28]

Bei den Bauinvestitionen rechnen die Institute nun mit einem Anstieg um 1,5 %. Der öffentliche Bau dürfte mit +1,8 % sogar überdurchschnittlich zulegen. Hierbei ist allerdings ein Basiseffekt zu beachten, da die Investitionen im Vorjahr um 3,5 % zurückgegangen waren. Zudem wirkt der Impuls aus dem im Jahr 2020 angelegten Konjunktur- und Zukunftspaket nach, u.a. für den Ausbau von Kindertagesstätten und Maßnahmen zum Klimaschutz. Die Baupreise dürften um mehr als 10% steigen, so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung.

Der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) rechnete Ende 2021 für dieses Jahr mit Umsätzen in Höhe von 151 Mrd. EUR. Dies entspräche einer Steigerung von nominal 5,5 % gegenüber dem Jahr 2021 und ist auch durch hohe Auftragsbestände aus dem Vorjahr geprägt. Grundlage für diese Entwicklung war die Erwartung, dass sich die Lieferschwierigkeiten und die damit einhergehenden Preisentwicklungen ab dem zweiten Quartal abschwächen. Durch die Entwicklungen in Osteuropa scheint diese Prognose nun zu optimistisch zu sein. Vielen Bauunternehmen fällt es schwer, Aufträge zu den in den

[26] https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Konjunkturprognosen/2022/KJ2022_Gesamtausgabe.pdf
[27] https://www.ifo.de/fakten/2022-04-13/gemeinschaftsdiagnose-fruehjahr-2022-von-der-pandemie-zur-energiekrise-wirtschaft
[28] Vgl. https://www.zdb.de/baukonjunktur/konjunkturprognose-2021

Ausschreibungen zugrunde gelegten Preisen auszuführen. Andere sehen sich nun nicht mehr in der Lage, Angebote für Bauanfragen abzugeben bzw. an Ausschreibungen teilzunehmen.[29] Lieferengpässe und starke Preissteigerungen belasten auch Verträge mit öffentlichen Auftraggebern, einer wichtigen Kundengruppe der IGP Advantag.

Die Prognose für den Wirtschaftsbau beläuft sich auf 53,3 Mrd. EUR. Dies entspricht einem nominalen Wachstum von 6 % gegenüber dem Vorjahr. Allerdings geht der Verband davon aus, dass die Prognose für den Wirtschaftsbau stark davon abhängt, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie keine weiteren Einschränkungen erfordern, da stark steigende Infektionszahlen zu Ausfällen von Mitarbeitern und zu weiteren Störungen der Logistikketten führen können.

Für den Wohnungsbau rechnet der ZDB mit einem Wachstum von nominal 7 % gegenüber dem Vorjahr auf 59,3 Mrd. EUR. Mit dem 2. Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2022 sollen bis 2026 rund 14,5 Mrd. EUR in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus fließen, eine Verdreifachung der zuvor bereitgestellten Mittel. Damit sollen pro Jahr 100.000 Wohnungen in einem energieeffizienten Standard errichtet werden. [30]

Der deutsche Wohnungsmarkt steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Einerseits muss die in den Jahren zuvor aufgestaute Nachfrage befriedigt werden. Zusätzlich fehlen vielerorts angemessene Unterkünfte für Flüchtlinge, nicht nur aus der Ukraine.

Im Öffentlichen Bau soll ein nominales Umsatzwachstum von 2 % auf 38,6 Mrd. erreicht werden. Dieses schwache Wachstum wird maßgeblich durch die geringen Finanzspielräume der Kommunen geprägt, die sich angesichts der Preissteigerungen für Bauleistungen weiter verschärfen dürften. Dem steht ein gestiegenes politisches Interesse gegenüber, Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu erhöhen. Im Fokus stehen dabei die Sanierungen und der Neubau von Brücken.[31]

Allerdings hat sich das Umfeld zur Mitte des Jahres nochmals stark eingetrübt. Angesichts anhaltend hoher Preise und drohender Knappheiten, besonders bei Erdgaslieferungen nach Europa, sowie den Forderungen mehrerer Gewerkschaften nach Lohnanhebungen um teils mehr als 8% in den laufenden Tarifverhandlungen, droht die Gefahr einer Preis-Lohn-Preis-Spirale. Die jüngsten, teils deutlichen Zinsanhebungen des Federal Reserve, der Bank of England und der Schweizerischen Nationalbank sowie die Ankündigung solcher Schritte durch die EZB haben sich an den Anleihe- und Kreditmärkten in deutlich höheren Zinsen bei längeren Laufzeiten niedergeschlagen. Nun stehen einige Projekte von Bauträgern, die ihr Geschäftsmodell vor allem über Fremdkapital finanziert hatten, auf der Kippe. Da zudem die kreditgebenden Banken ihre Anforderungen an die Sicherheiten erhöht haben, drohen finanzschwachen Bauträgern Liquiditätsengpässe.

Diese Entwicklung strahlt auch auf den Investmentmarkt aus. Höhere Renditen für festverzinsliche Wertpapiere, die für deutsche institutionelle Investoren traditionell eine wichtige Anlageklasse und eine Alternative zu Immobilien bilden, und höhere Refinanzierungskosten könnten den Preisaufschwung am Immobilienmarkt dämpfen. Anfang

[29] https://www.zdb.de/meldungen
[30] https://www.zdb.de/meldungen/bundeshaushalt-2022-sozialer-wohnungsbau
[31] https://www.zdb.de/baukonjunktur/konjunkturprognose-2021

des Jahres hatte BNP Paribas für den Investmentmarkt in Deutschland noch ein Investitionsvolumen von mindestens 80 Mrd. EUR erwartet. Trotz der massiv verschlechterten Rahmenbedingungen ging die Bank auch Ende des ersten Quartals noch davon aus, dass die Nachfrage der Investoren hoch bleibt, auch dank des Nachholbedarfs durch die während der Corona-Pandemie aufgeschobenen Investitionen. Auf eine aktualisierte Prognose für das Gesamtjahr wurde aber verzichtet.

Im Mittelpunkt des Investoreninteresses werden voraussichtlich weiterhin Wohnen, Büro, gemischt genutzte Quartiere sowie Industrie und Logistik stehen. Auch für Gesundheits- und Seniorenimmobilien wird von einer anhaltenden oder gar steigenden Nachfrage ausgegangen.

Diese branchenspezifischen Prognosen berücksichtigen ebenfalls noch nicht die Einflüsse durch die Krise in Osteuropa. Mehrere Faktoren könnten die Prognosen erheblich negativ beeinflussen. Neben Liefer- und Kapazitätsengpässen durch gestörte Logistikketten sowie starken Preissteigerungen belasten Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt. Viele qualifizierte Arbeitskräfte, die während der Pandemie zu ihren Familien nach Osteuropa gefahren sind, sind bisher nicht zurückgekehrt. Zudem sind viele Ukrainer wegen der Mobilmachung in ihre Heimat gereist.

Unabhängig davon spricht aber viel dafür, dass die Bedeutung von ESG-Themen wächst. So dürften klassische Bestandshalter sukzessive ältere Bestände veräußern und in Green Buildings investieren. Die Finanzierungsbedingungen dürften dabei trotz stark anziehender Inflationsraten und erster Zinserhöhungen einiger Notenbanken im historischen Vergleich attraktiv bleiben.[32]

Die EU-Kommission strebt an, dass die Wirtschaft in der Europäischen Union bis 2050 klimaneutral wird. Als Instrument wurde im Rahmen des sogenannten Green Deal die Nachhaltigkeitstaxonomie verabschiedet. Eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen unter dem Stichwort ESG (Environmental, Social, Governance: Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) soll die Finanzierung dieses Umbaus sicherstellen, indem an den Finanzmärkten verstärkt in nachhaltige Anlagen investiert wird. Im März 2021 trat die Offenlegungsverordnung in Kraft. Von der Taxonomie Betroffene müssen nun in ihren Berichten offenlegen, inwieweit ihre Investitionen Nachhaltigkeitsziele erreichen. Unter die Berichtspflicht fällt auch die Anlageklasse Immobilien[33]. Bereits im Mai 2021 entfielen nach einer Erhebung von PWC und Morningstar rund 32 % des europäischen Fondsvermögens auf Anlagen, die den in Artikel 8 oder 9 formulierten Anforderungen genügten. Der Anteil von Gebäuden dürfte in naher Zukunft deutlich steigen, wenn die relevanten Kriterien ab Juli 2022 detailliert ausgestaltet werden. Bisher stufen viele Marktteilnehmer die Vermögensgegenstände anhand eigener Nachhaltigkeitsziele ein. Dabei stehen bei Immobilien meist Neubauten im Mittelpunkt des Interesses.[34]

---

[32] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/investmentmarkt/deutschland-at-a-glance
[33] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32019R2088&from=EN
[34] https://www.pwc.de/de/finanzdienstleistungen/asset-management/nachhaltige-fonds-im-aufwind.html , https://www.morningstar.de/de/news/216470/bei-esg-ist-noch-l%C3%A4ngst-nicht-alles-im-gr%C3%BCnen-bereich.aspx

Allerdings entfallen nach Berechnungen des Umweltbundesamtes bei einem Neubau nach Effizienzhaus-Standard KfW55 rund 80 % aller Emissionen im gesamten Lebenszyklus bereits auf die Errichtung des Gebäudes.[35]

Nach Ansicht von BNP Paribas dürfte der Markt für Büroimmobilien 2022 im ersten Halbjahr noch von den Nachwirkungen der Corona-Pandemie geprägt gewesen sein. Unsicherheiten über die wirtschaftliche Entwicklung angesichts des Krieges in der Ukraine dürften die erwartete Erholung verzögern. In der zweiten Jahreshälfte 2022 könnte sich der Flächenumsatz nachhaltig beleben. Zwar steigen die Leerstände noch, allerding schwächt sich der Anstieg weiter ab.[36]

Weiterhin hohes Interesse ist bei Gesundheitsimmobilien zu erwarten. Die steigende Zahl älterer Menschen und deren Ansprüche an geeignete Wohnformen versprechen über viele Jahre eine hohe Nachfrage nach Pflege- und Gesundheitsimmobilien in Deutschland. Diese aussichtsreichen Perspektiven sichern der Asset-Klasse einen festen Platz in den Portfolios institutioneller Investoren. [37]

Im Emissionshandel ist von einer anhaltend lebhaften Nachfrage mindestens auf dem Niveau des Jahres 2021 auszugehen. Die geplante Ausdehnung des Zertifikatehandels auf weitere Sektoren sowohl auf nationaler und als auch europäischer Ebene dürfte hier weiterhin für ein lebendiges Geschäft sorgen.

Insgesamt hat sich die Geschäftsentwicklung aus Sicht der Konzernleitung im Bereich der Dienstleistungen im Immobiliensektor aufgrund der Verschiebungen einiger Projekte schwieriger dargestellt als erwartet; im Bereich des Emissionshandels hat sich die Entwicklung deutlich besser dargestellt, als erwartet werden konnte.

5.3 Ausblick (für den IGP Advantag-Konzern)

In der Sparte Baudienstleistungen wird für das Jahr 2022 trotz der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine wieder ein stabiles Ergebnis erwartet. Im Konzernverbund werden sich die IGP Gesellschaften noch schlagkräftiger aufstellen und das Zusammenspiel zwischen den Gesellschaften weiter optimieren. Die IGP Projekt GmbH übernimmt die Leistungshasen 1-4 der HOAI von der Projektenwicklung „auf der grünen Wiese“ bis hin zur Baugenehmigung. Architekten der BRH Generalplaner GmbH werden sich zukünftig weiterhin auf die Leistungsphase 5 „Planung“ konzentrieren. In Zukunft ist geplant, noch enger mit SAA Schweger Architekten, Hamburg zusammenzuarbeiten sowie mit Franken Generalplaner, Frankfurt am Main, mit denen bereits im Generalplanungsauftrag für das Leuchtturmprojekt Cule / Treptowers kooperiert wird.
Die IGP Ingenieur GmbH wird sich zukünftig voll auf die Projektsteuerung und die Leistungsphasen 6-9 „Ausschreibung, Vergabe, Objektüberwachung und Dokumentation“ konzentrieren – mit Schwerpunkt Objektüberwachung. Einer der Assets in der

[35] https://www.re-source.com/wp-content/uploads/2019/11/UBA-2019-Energieaufwand-Gebaeudekonzepte.pdf , Seite 51
[36] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/bueromarkt/deutschland-at-a-glance
[37] https://www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/healthcare-investmentmarkt/deutschland-at-a-glance

Objektüberwachung ist die Personaleinsatzplanung, die weiter optimiert wird. Die IGP hat dazu bereits ein eigenes Software-Tool in 2021 entwickelt. Zum Erfolg in der Personaleinsatzplanung gehören neben örtlich flexiblen Mitarbeitern auch freie Mitarbeiter und Nachunternehmer, die örtlich und zeitlich flexibel eingesetzt werden können. Mit diesem Pool hat die IGP bereits im Rahmen des Großprojektes Hauptstadtflughafen BER viele positive Erfahrungen gesammelt.
In Berlin erwarten wir bei der Charité und der DEGEWO interessante Aufträge. Charité und Deutsches Herzzentrum bauen am Standort der Virchow-Kliniken in Berlin ein neues Herzzentrum mit 28.000 m² Fläche. Die IGP hat hier den Auftrag für die Projektsteuerung erhalten.
Nachdem Berlin jahrelang Schwerpunkt der Projektakquise und Projektaufträge war, wird IGP die Zielmärkte 2022 erweitern. Interessant ist der Immobilienmarkt im Leipziger Raum, wo das Wettbewerbsumfeld eher günstig ist. Dort besteht eine große Nachfrage nach Wohnungen sowie Investitionen in den Flughafen. Zudem plant BMW, den Standort dort zu erweitern. Durch die geringe Entfernung zum Firmensitz in Berlin sieht IGP gute Chancen, einen Teil dieser Aufträge als Objektüberwacher zu bekommen.
Auf Sylt haben wir einen Auftrag für die Objektüberwachung und den Ausbau von drei Strandvillen im Lanserhof erhalten.
Mit der ersten eigenen Projektentwicklung innerhalb der IGP-Gruppe, bei welchem die IGP ein 5,5 ha großes Areal in Fürstenwalde, unweit der Tesla-Fabrik erworben hat, wurde nun auch der Bereich der Projektentwicklung im eigenen Portfolio begonnen.

Die Akquisition neuer Projekte hat 2022 zudem bereits vielversprechend begonnen. Weitere Projekte sind in Bremen, Leipzig, im Frankfurter Raum und in Baden-Württemberg in der Akquisition. Des Weiteren laufen Projekte aus 2021 weiter. Wir erwarten auch deshalb weiterhin eine positive Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Viele eventuelle externe Einflussfaktoren und Risiken sind in diesen Businessplänen im Detail betrachtet worden. So wird unter anderem für die kommenden Jahre eine noch breitere Streuung der Auftraggeberstruktur angestrebt. Unsere Rahmenvertragspartner stellen zudem eine gewisse Grundauslastung und -sicherung des Umsatzes zum Projektgeschäft dar, da die Verträge eine Laufzeit von mehreren Jahren beinhalten.

Die Businesspläne für 2022 mit Ausrichtung bis 2025 haben eine Festigung der Struktur, den weiteren Ausbau der Niederlassungen und die Sicherung der Auslastung zum Ziel. Im Fokus der Akquisition stehen weiterhin die Projektsteuerung und die Objektüberwachung für Großprojekte. Die Bauherren sollen aber auch in den frühen Leistungsphasen im Genehmigungsmanagement, bei der Überarbeitung und Optimierung der Ausführungsplanung sowie in der Vergabe durch Vorbereitung einer auf das Projekt, die Marktlage und den Bauherrn optimierte Vergabestrategie unterstützt werden. Die Analyse verschiedener Projekte hat gezeigt, dass in der Ausführungsphase ein Controlling mit der Software [überbau] das Projekt für alle Projektpartner transparent macht, sodass Claims reduziert werden und rechtzeitig gegengesteuert werden kann. Zeit ist ein wichtiger Faktor in allen Projekten.

Mit der Expertengruppe LEAN-Construction Management (LCM) und dem entsprechenden Modul in der Software [überbau] können Projekte gemeinsam mit den Projektpartnern besser gesteuert werden als mit herkömmlichen Terminplänen. LCM bietet eine größere -

organisierte - Flexibilität im Bauprozess, die für die Einhaltung von Zeitplänen essentiell ist. Hier wird eng mit der Tochtergesellschaft CONBENE Improvement GmbH zusammengearbeitet, einem ausschließlich auf LEAN-Management spezialisierten Beratungsunternehmen. In 2021 konnten bereits im Zusammenspiel ein Großauftrag in Frankfurt für Groß & Partner bei dem Projekt „the FOUR" am Goetheplatz gewonnen werden, der eine gute Auslastung für den neuen Standort bis 2024 sichern wird.

Die IGP wird neben der ganzheitlichen Betreuung von Projekten deshalb auch vermehrt die Projektbausteine Genehmigungsmanagement, Controlling, LEAN-Management, Management der Wirk- und Prinzip-Prüfung bis hin zur technischen Inbetriebnahme von Gebäuden anbieten.

Ziel im IGP Advantag-Konzern ist, 2022 das Bild der einzelnen Unternehmen noch mehr zu schärfen, damit die Kunden einfacher erkennen, auf welche Leistungsphasen die einzelnen Unternehmen fokussiert sind und welche besonderen Instrumente die Unternehmen zur Lösung der jeweiligen Aufgabe anwenden. Zudem werden wir in der Akquisition von unseren Schwester- und Tochtergesellschaften unterstützt, die in frühen Leistungsphasen tätig sind. Die IGP hat sich in den vergangenen Jahren stark auf den wachsenden Markt Berlin konzentriert und wird auch aus lokaler Sicht ihre Aktivitäten erweitern. Märkte wie insbesondere Frankfurt, Hamburg aber auch Leipzig und Süddeutschland bieten ähnliche Chancen für die IGP wie Berlin. Insgesamt bewerten wir die Chancen des Unternehmens innerhalb des Marktes als gut und die Risiken als gering.

Aufgrund der anhaltenden Pandemie konnte der Konzern seine Ergebnisprognosen aus dem Konzernlagebericht des Vorjahres nicht erfüllen, welche ein EBITDA in Höhe von 4 bis 5 Millionen vorsahen. Hauptursache waren hierbei die zeitliche Verschiebung mehrerer Projekte, welche jedoch im Berichtsjahr einen signifikanten Anstieg an unfertigen Leistungen zur Folge hatten. Der Umsatz hingegen konnte aufgrund des Anstiegs beim wenig margenstarken Emissionshandel gesteigert werden. Für das laufende Geschäftsjahr 2022 plant der Vorstand mit einer Gesamtleistung zwischen 65 und 70 Millionen Euro sowie einem EBITDA zwischen 2,5 und 4,0 Millionen Euro.

Berlin, 25.07.2022

Stefan Gräf
Vorstand der IGP Advantag AG

Raik Oliver Heinzelmann

Besondere Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahe Leistungen

der

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stand: 1. Juni 2019

Präambel

Diese Auftragsbedingungen der Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft („*Mazars KG*“) ergänzen und konkretisieren die vom Institut der Wirtschaftsprüfer e. V. herausgegebenen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (in der dem Auftragsbestätigungs-/Angebotsschreiben beigefügten Fassung) und sind diesen gegenüber vorrangig anzuwenden. Sie gelten nachrangig zu einem Auftragsbestätigungs-/Angebotsschreiben. Das Auftragsbestätigungs-/Angebotsschreiben zusammen mit allen Anlagen bildet die „*Sämtlichen Auftragsbedingungen*“.

A. Ergänzende Bestimmungen für Abschlussprüfungen nach § 317 HGB und vergleichbare Prüfungen nach nationalen und internationalen Prüfungsgrundsätzen

Die Mazars KG wird die Prüfung gemäß § 317 HGB und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer e. V. festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung („*GoA*“) durchführen. Dem entsprechend wird die Mazars KG die Prüfung unter Beachtung der Grundsätze gewissenhafter Berufsausübung so planen und anlegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf den Prüfungsgegenstand laut Auftragsbestätigungsschreiben wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Mazars KG wird alle Prüfungshandlungen durchführen, die sie den Umständen entsprechend für die Beurteilung als notwendig erachtet und prüfen, in welcher Form der in § 322 HGB resp. den GoA vorgesehene Vermerk zum Prüfungsgegenstand erteilt werden kann. Über die Prüfung des Prüfungsgegenstands wird die Mazars KG in berufsüblichem Umfang berichten. Um Art, Zeit und Umfang der einzelnen Prüfungshandlungen in zweckmäßiger Weise festzulegen, wird die Mazars KG, soweit sie es für erforderlich hält, das System der rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollen prüfen und beurteilen, insbesondere soweit es der Sicherung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung dient. Wie berufsüblich, wird die Mazars KG die Prüfungshandlungen in Stichproben durchführen, sodass ein unvermeidliches Risiko besteht, dass auch bei pflichtgemäß durchgeführter Prüfung selbst wesentliche falsche Angaben unentdeckt bleiben können. Daher werden z.B. Unterschlagungen und andere Unregelmäßigkeiten durch die Prüfung nicht notwendigerweise aufgedeckt. Die Mazars KG weist darauf hin, dass die Prüfung in ihrer Zielsetzung nicht auf die Aufdeckung von Unterschlagungen und anderen Unregelmäßigkeiten, die nicht die Übereinstimmung des Prüfungsgegenstands mit den maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen betreffen, ausgerichtet ist. Sollte die Mazars KG jedoch im Rahmen der Prüfung derartige Sachverhalte feststellen, wird dem Auftraggeber der Mazars KG („*Auftraggeber*“) dies unverzüglich zur Kenntnis gebracht.

Vorstehende Ausführungen zu Prüfungszielen und -methoden gelten für andere Prüfungen nach nationalen oder internationalen Prüfungsgrundsätzen sinngemäß.

Es ist Aufgabe der gesetzlichen Vertreter des Auftraggebers, wesentliche Fehler im Prüfungsgegenstand zu korrigieren und uns gegenüber in der Vollständigkeitserklärung zu bestätigen, dass die Auswirkungen etwaiger nicht korrigierter Fehler, die von uns während des aktuellen Auftrags festgestellt wurden, sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit für den Prüfungsgegenstand unwesentlich sind.

B. Auftragsverhältnis

Unter Umständen werden der Mazars KG im Rahmen des Auftrages und zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange des Auftraggebers unmittelbar mit diesem zusammenhängende Dokumente, die rechtliche Relevanz haben, zur Verfügung gestellt. Die Mazars KG stellt ausdrücklich klar, dass sie weder eine Verpflichtung zur rechtlichen Beratung bzw. Überprüfung hat, noch dass dieser Auftrag eine allgemeine Rechtsberatung beinhaltet; daher hat der Auftraggeber auch eventuell im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Auftrages von der Mazars KG zur Verfügung gestellte Musterformulierungen zur abschließenden juristischen Prüfung seinem verantwortlichen Rechtsberater vorzulegen. Der Auftraggeber ist verantwortlich für sämtliche Geschäftsführungsentscheidungen im Zusammenhang mit den Leistungen der Mazars KG sowie die Verwendung der Ergebnisse der Leistungen und die Entscheidung darüber, inwieweit die Leistungen der Mazars KG für eigene interne Zwecke des Auftraggebers geeignet sind.

C. Informationszugang

Es liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Auftraggebers, der Mazars KG einen uneingeschränkten Zugang zu den für den Auftrag erforderlichen Aufzeichnungen, Schriftstücken und sonstigen Informationen zu gewährleisten. Das Gleiche gilt für die Vorlage zusätzlicher Informationen (z.B. Geschäftsbericht, Feststellungen hinsichtlich der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG), die vom Auftraggeber zusammen mit dem Abschluss sowie ggf. dem zugehörigen Lagebericht veröffentlicht werden. Der Auftraggeber, wird diese rechtzeitig vor Erteilung des Bestätigungsvermerks bzw. unverzüglich sobald sie vorliegen, zugänglich machen. Sämtliche Informationen, die der Mazars KG vom Auftraggeber oder in seinem Auftrag zur Verfügung gestellt werden („*Auftraggeberinformationen*“), müssen vollständig sein.

D. Hinzuziehung von Mazars-Mitgliedern und Dritten

Die Mazars KG ist berechtigt, Teile der Leistungen an andere Mitglieder des weltweiten Netzwerks der Mazars-Gesellschaften („*Mazars-Mitglieder*“) oder sonstige Dienstleister als Unterauftragnehmer zu vergeben, die direkt mit dem Auftraggeber in Kontakt treten können. Unabhängig davon verbleiben die Verantwortlichkeit für die Arbeitsergebnisse aus dem Auftrag, die Erbringung der Leistungen und die sonstigen sich aus dem Auftragsbestätigungsschreiben resultierenden Verpflichtungen gegenüber dem Auftraggeber ausschließlich bei der Mazars KG.

Der Auftraggeber ist daher nicht dazu berechtigt, vertragliche Ansprüche oder Verfahren im Zusammenhang mit den Leistungen oder generell auf der Grundlage des Auftragsbestätigungsschreibens gegen ein anderes Mazars-Mitglied oder dessen Unterauftragnehmer, Mitglieder, Anteilseigner, Geschäftsführungsmitglieder, Partner oder Mitarbeiter („*Mazars-Personen*“) oder Mazars Personen der Mazars KG geltend zu machen bzw. anzustrengen. Der Auftraggeber verpflichtet sich somit, vertragliche Ansprüche ausschließlich der Mazars KG gegenüber geltend zu machen bzw. Verfahren nur gegenüber der Mazars KG anzustrengen. Mazars-Mitglieder und Mazars-Personen sind berechtigt, sich hierauf zu berufen.

In Einklang mit geltendem Recht ist die Mazars KG berechtigt, zum Zwecke

(a) der Erbringung der Leistungen der Mazars KG,
(b) der Einhaltung berufsrechtlicher sowie regulatorischer Vorschriften,
(c) der Prüfung von Interessenkonflikten,
(d) des Risikomanagements sowie der Qualitätssicherung,
(e) der internen Rechnungslegung, sowie der Erbringung anderer administrativer und IT-Unterstützungsleistungen

(Lit. (a)-(e) zusammen „*Verarbeitungszwecke*“), Auftraggeberinformationen an andere Mazars-Mitglieder, Mazars-Personen und externe Dienstleister der Mazars KG („*Dienstleister*“) weiterzugeben, die solche Daten in den verschiedenen Jurisdiktionen, in

denen sie tätig sind (eine Aufstellung der Standorte der Mazars-Mitglieder ist unter www.mazars.com abrufbar), erheben, verwenden, übertragen, speichern oder anderweitig verarbeiten können (zusammen „*verarbeiten*“).

Die Mazars KG ist dem Auftraggeber gegenüber für die Sicherstellung der Vertraulichkeit der Auftraggeberinformationen verantwortlich, unabhängig davon, von wem diese im Auftrag der Mazars KG verarbeitet werden.

E. Mündliche Auskünfte

Soweit der Auftraggeber beabsichtigt, eine Entscheidung oder sonstige wirtschaftliche Disposition auf Grundlage von Informationen und/oder Beratung zu treffen, welche die Mazars KG dem Auftraggeber mündlich erteilt hat, so ist der Auftraggeber verpflichtet, entweder (a) die Mazars KG rechtzeitig vor einer solchen Entscheidung zu informieren und sie zu bitten, das Verständnis des Auftraggebers über solche Informationen und/oder Beratung schriftlich zu bestätigen oder (b) in Kenntnis des oben genannten Risikos einer solchen mündlich erteilten Information und/oder Beratung jene Entscheidung in eigenem Ermessen und in alleiniger Verantwortung zu treffen.

F. Entwurfsfassungen der Mazars KG

Entwurfsfassungen eines Arbeitsergebnisses dienen lediglich den internen Zwecken der Mazars KG und/oder der Abstimmung mit dem Auftraggeber und stellen demzufolge nur eine Vorstufe des Arbeitsergebnisses dar und sind weder final noch verbindlich und erfordern eine weitere Durchsicht. Die Mazars KG ist nicht dazu verpflichtet, ein finales Arbeitsergebnis im Hinblick auf Umstände, die ihr seit dem im Arbeitsergebnis benannten Zeitpunkt des Abschlusses der Tätigkeit oder, in Ermangelung eines solchen Zeitpunkts, der Auslieferung des Arbeitsergebnisses zur Kenntnis gelangt sind oder eingetreten sind, zu aktualisieren. Dies gilt dann nicht, wenn die Mazars KG aufgrund der Natur der Leistungen dazu verpflichtet ist.

G. Freistellung und Haftung

Der Auftraggeber ist dazu verpflichtet, die Mazars KG von allen Ansprüchen Dritter (einschließlich verbundener Unternehmen) sowie daraus folgenden Verpflichtungen, Schäden, Kosten und Aufwendungen (insbesondere angemessene externe Anwaltskosten) freizustellen, die aus der Verwendung des Arbeitsergebnisses durch Dritte resultieren, sofern die Weitergabe direkt oder indirekt durch den Auftraggeber oder auf seine Veranlassung hin erfolgt ist. Diese Verpflichtung besteht nicht in dem Umfang, wie die Mazars KG sich ausdrücklich schriftlich damit einverstanden erklärt hat, dass der Dritte auf das Arbeitsergebnis vertrauen darf.

Bzgl. der Haftung für das zugrundeliegende Auftragsverhältnis gilt Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen sowie die gesetzliche Haftungsbeschränkung nach § 323 Abs. 2 HGB. Sollten sich im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis Ansprüche aus Nebenleistungen zur gesetzlichen oder freiwilligen Abschlussprüfung oder anderer von uns erbrachten Prüfungsleistungen ergeben, so ist unsere Haftung für solche Nebenleistungen auf EUR 4 Mio. begrenzt.

H. Elektronische Datenversendung (E-Mail)

Den Parteien ist die Verwendung elektronischer Medien zum Austausch und zur Übermittlung von Informationen gestattet und diese Form der Kommunikation stellt als solche keinen Bruch von etwaigen Verschwiegenheitspflichten dar. Den Parteien ist bewusst, dass die elektronische Übermittlung von Informationen (insbesondere per E-Mail) Risiken (z.B. unberechtigter Zugriff Dritter) birgt.

Jegliche Änderung der von der Mazars KG auf elektronischem Wege übersandten Dokumente ebenso wie jede Weitergabe von solchen Dokumenten auf elektronischem Wege an Dritte darf nur nach schriftlicher Zustimmung der Mazars KG erfolgen.

Die Übermittlung Personenbezogener Daten unterliegt den Datenschutzregelungen von Mazars, die unter https://www.mazars.de/Datenschutz abrufbar sind. Die Mazars KG verarbeitet personenbezogene Daten im Einklang mit geltendem Recht und berufsrechtlichen Vorschriften, insbesondere unter Beachtung der nationalen (BDSG) und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz. Die Mazars KG verpflichtet Dienstleister, die im Auftrag der Mazars KG personenbezogene Daten verarbeiten, sich ebenfalls an diese Bestimmungen zu halten.

I. Vollständigkeitserklärung

Die seitens Mazars KG von den gesetzlichen Vertretern erbetene Vollständigkeitserklärung umfasst gegebenenfalls auch die Bestätigung, dass die in einer Anlage zur Vollständigkeitserklärung zusammengefassten Auswirkungen von nicht korrigierten falschen Angaben im Prüfungsgegenstand sowohl einzeln als auch insgesamt unwesentlich sind.

J. Geltungsbereich

Die in den Sämtlichen Auftragsbedingungen enthaltenen Regelungen – einschließlich der Regelung zur Haftung – finden auch auf alle künftigen, vom Auftraggeber erteilten sonstigen Aufträge entsprechend Anwendung, soweit nicht jeweils gesonderte Vereinbarungen getroffen werden bzw. über einen Rahmenvertrag erfasst werden oder soweit für die Mazars KG verbindliche in- oder ausländische gesetzliche oder behördliche Erfordernisse einzelnen Regelungen zu Gunsten des Auftraggebers entgegenstehen.

Für Leistungen der Mazars KG gelten ausschließlich die Bedingungen der Sämtlichen Auftragsbedingungen; andere Bedingungen werden nicht Vertragsinhalt, wenn der Auftraggeber diese mit der Mazars KG im Einzelnen nicht ausdrücklich schriftlich vereinbart hat. Allgemeine Einkaufsbedingungen, auf die im Rahmen automatisierter Bestellungen Bezug genommen wird, gelten auch dann nicht als einbezogen, wenn die Mazars KG diesen nicht ausdrücklich widerspricht oder die Mazars KG mit der Erbringung der Leistungen vorbehaltlos beginnt.

K. Anwendbares Recht / Gerichtsstand

Für die Auftragsdurchführung sind die von den maßgeblichen deutschen berufsständischen Organisationen (Wirtschaftsprüferkammer, Institut der Wirtschaftsprüfer e. V., Steuerberaterkammern) entwickelten und verabschiedeten Berufsgrundsätze, soweit sie für den Auftrag im Einzelfall anwendbar sind, bestimmend.

Auf das Auftragsverhältnis und auf sämtliche hieraus oder aufgrund der Erbringung der darin vereinbarten Leistungen resultierenden außervertraglichen Angelegenheiten oder Verpflichtungen findet deutsches Recht Anwendung.

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle in Verbindung mit dem Auftrag oder den darunter erbrachten Leistungen entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist der jeweilige Standort der auftragnehmenden Niederlassung, oder nach Wahl der Mazars KG, (i) das Gericht, bei dem die mit der Erbringung der Leistungen schwerpunktmäßig befasste Niederlassung der Mazars KG ihren Sitz hat oder (ii) die Gerichte an dem Ort, an dem der Auftraggeber seinen Sitz hat.

L. Datenschutz

Für die unter Lit. D genannten Verarbeitungszwecke sind die Mazars KG und andere Mazars-Mitglieder, Mazars-Personen und Dienstleister dazu berechtigt, Auftraggeberinformationen, die bestimmten Personen zugeordnet werden können („Personenbezogene Daten“), in den verschiedenen Jurisdiktionen, in denen diese tätig sind, zu verarbeiten.

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

Lizenziert für/Licensed to: Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft | 4312025

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für/Licensed to: Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft | 4312025